

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen  
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Morikplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Sozialdemokratischer Parteitag und Gewerkschaften

**W**ir haben bereits in Nummer 23 der „Gewerkschaft“ einen ausführlichen Bericht über den sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg gebracht. Es erscheint uns aber notwendig, noch auf einige Dinge einzugehen und bei dieser Gelegenheit die Stellung der Gewerkschaften allgemein und unseres Verbandes im besonderen klarzulegen. Es hat vor dem Kriege Zeiten gegeben, in denen die Stimmung der freien Gewerkschaften Deutschlands zum Teil auf politische und religiöse Neutralität ausging. Aber viele Gewerkschaften, insbesondere die Bauarbeiter und auch wir Gemeindearbeiter haben sich eigentlich seit ihrer Gründungszeit im großen und ganzen stets mit der damals einzigen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, konform erklärt, weltanschaulich wie auch politisch, unbeschadet der taktischen Einzelheiten und Vorbehalte, die wir als Gewerkschafter naturgemäß machen mußten. Unsere ganze Entwicklung, die früher ihr einziges Schwergewicht in den Gemeinden sah, war ja derart stark abhängig von der Tätigkeit der Arbeitervertreter in den Gemeinden, daß eine unpolitische Haltung geradezu eine Schädigung unserer Interessen bedeutete hätte.

Als dann in der Nachkriegszeit sich drei verschiedene Arbeiterparteien herausbildeten, war es naheliegend, zunächst in rein parteipolitischer Beziehung zurückhaltend zu sein, wengleich wir nie geleugnet haben und auf allen Verbandstagen dafür gerade standen, daß wir die Sozialdemokratie für die berufenste Vertreterin der Interessen der deutschen Arbeiterschaft halten.

Heute können wir wohl ohne Übertreibung sagen, daß neun Zehntel unserer Mitglieder weltanschaulich wie politisch den Tbeengängen der Sozialdemokratie anhängen. So ist es naheliegend, daß es uns nicht gleichgültig sein kann, wie die Taktik und Auffassung dieser Neunmillionenpartei im einzelnen festgelegt wird. Es kommt hinzu, daß wir inzwischen in der Gruppe der Reichs- und Staatsarbeiter gleichfalls viele Tausende von Mitgliedern haben und daß diese ebenfalls unmittelbar interessiert sind an den Vorgängen in den Großparlamenten. So ergibt sich ganz unzweideutig unsere Aufgabe, zu den allgemeinen und sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, soweit sie auf dem Magdeburger Parteitag der SPD. behandelt worden sind. Auf diesem Parteitag wurde das Wort geprägt „Regierung und SPD. sind zwei, Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Wir möchten auch für die Zukunft diesen letzteren Zustand anstreben, wie er sich ja auch in erfreulichem und umfassendem Maße in England durchgeföhrt hat in der einheitlichen Arbeiterpartei, die allerdings ihren Hauptantrieb von den Gewerkschaften erhält und die jetzt die Regierung Englands übernimmt, um die Konservativen abzulösen.

Wenn wir den Geschäftsbericht des Genossen Dögel uns in Erinnerung bringen, der ja die gesamte politische Situation kennzeichnete und der nur eine Ergänzung fand in dem Fraktionsbericht des Genossen Dr. Breitscheid, so dreht es sich in erster und letzter Linie um die Frage der Koalitionspolitik und ihre Auswirkung. Wir müssen schon sagen, daß wir der bisherigen Koalitionspolitik nicht gerade allzu freudig gegenüberstehen. Offenkundig sind einige Dinge unerfreulicher Art vorgekommen, die vermieden werden konnten. So besteht auch die Kritik des Magdeburger Parteitages, wie sie u. a. selbst die rechtsgerichteten Genossen Stampfer und Landsberg zum Ausdruck brachten, zu Recht. Die Panzerkreuzeraffäre ist zum Teil verfahren worden durch die Haltung der Minister, wengleich man über die Gesamtbedeutung dieser Panzerkreuzeraffäre verschiedener Meinung sein kann. Der Fall Trozki (Einreiseverbot anstatt Asylrecht Deutschlands) ist unbefriedigend gelöst. Endlich ist die Hilferding-Anleihe ein Vorgang, der hoffentlich nie wiederkehrt in einem Ministerium, in dem Sozialisten sitzen.

Das darf uns aber den Blick nicht trüben für die Tatsache, daß wir Gewerkschafter doch alle Veranlassung haben, auch die Kreditseite ein wenig zu betrachten. Einmal konnte der Ruhrkampf abgeschlossen werden mit einem Entscheid durch den sozialdemokratischen Minister Severing, was als ein erhebliches Plus angesehen werden muß für jeden, der die gesamtwirtschaftliche Konstellation kennt. Die überwiegende Zahl der Unorganisierten war ein Bleigewicht in diesem Kampf, und auch die materielle Auswirkung ist durchaus nicht zu unterschätzen. Es gelang unseren Genossen, immerhin elf Millionen Staatsunterstützung für die Arbeiter in einem solchen Kampf herauszuholen. Nehmen wir das parallele Beispiel der konservativen englischen Regierung beim Bergarbeiterstreik und dem neuntägigen Generalstreik der englischen Gewerkschaften, so darf man ohne Übertreibung von einem deutschen Sieg der Arbeiter und einer englischen Niederlage der Arbeiter sprechen, wobei ausschlaggebend war: die Haltung der jeweiligen Regierung!

Aber auch auf dem eigentlichen sozialpolitischen Gebiete ist manches aufzuweisen. So die Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge und die Schaffung der Krisenfürsorge. Gewiß hat die ungeheuerliche Arbeitslosigkeit von 2½ Millionen Menschen im verflossenen Winter das ganze Gebäude der Arbeitslosenversicherung fast ins Wanken gebracht, wäre nicht der Staat mit mehreren hundert Millionen eingesprungen. Glaubt jemand, daß eine konservative oder eine Bürgerblockregierung das getan hätte? Wir bezweifeln es. Der Ansturm von Seiten der Unternehmerkreise gegen die Arbeitslosenversicherung, der von den Demokraten bis zu den Deutschen Nationalen unterstützt wird, ist ge-

rade auf Grund dieser Tatsache jetzt in großer Stärke vorhanden. Er wird und muß, wie sowohl die Gewerkschaften als auch der Magdeburger Parteitag erklärt haben, unter allen Umständen abgewehrt werden.

Von den sozialpolitischen Errungenschaften ist auch noch festzustellen, daß die erhebliche Ausdehnung der Unfallversicherung für weite Kreise der Gewerkschaften eine Verbesserung bedeutet. Wir erinnern nur an unsere Gruppe der Krankenpflegepersonen usw. Endlich ist auch die Wochenhilfe erheblich verbessert worden, wie wir bereits in Nummer 23 der „Gewerkschaft“ im einzelnen nachweisen konnten.

Von den bevorstehenden Reformen und Umgestaltungen weitgreifender Natur sind zu nennen die Strafrechtsreform, die schon ziemlich weit gediehen ist und erhebliche Verbesserungen aufweist. Etwas anders sieht es mit dem Arbeitsschutzgesetz-Entwurf aus, in dem allerdings fester und unzweideutiger der Achtstundentag verankert werden muß. Hier bedarf es noch verschiedener Umgestaltungen und Verbesserungen. Endlich ist auch ein Tarifvertragsgesetz in Sicht. Es läßt sich also zusammenfassend sagen, daß so ganz fruchtlos das bisherige Koalitionsjahr nicht gewesen ist.

Nun haben wir mittlerweile den Abschluß der Reparationsverhandlungen. Auch hier hat Deutschland eine Herabsetzung der Reparationslasten von einer halben Milliarde pro Jahr erreicht. Wenn dagegen die Deutschnationalen im Reichstage Sturm gelaufen sind, so ist dieses Unterfangen geradezu als kindisch zu bezeichnen, das nicht ernst genommen werden kann. Trotzdem oder vielleicht gerade in Rücksicht auf die drohenden Auseinandersetzungen über die Arbeitslosenunterstützung möchten wir erneut betonen, daß der Magdeburger Parteitag durchaus das Richtige traf, indem er erklärte, niemand ist Koalitionsanhänger um jeden Preis; im Gegenteil, eine Koalitionsregierung kann nur als das kleinere Übel gegenüber einer Bürgerblockregierung angesehen werden. So hat u. E. der Magdeburger Parteitag die Situation ganz richtig erfaßt. Die Gewerkschaften haben daher alle Veranlassung, diese Auffassung zu stützen und gutzuheißen.

Dann ist sehr viel über das Wehrprogramm geredet worden. Wir müssen uns dabei aber immer in Erinnerung bringen, was in der politischen Arena merkwürdigerweise gar zu gern vergessen wird, daß das Abrüstungsproblem unter allen Umständen international gelöst werden muß — was übrigens kürzlich MacDonald, der neue sozialistische Ministerpräsident Englands, stark betont hat. Daß bei völliger Abrüstung Deutschlands eine Hilflosigkeit Mitteleuropas entstehen kann, sowohl bei einem Aufmarsch gegen das bolschewistische Rußland seitens der Westmächte wie auch bei einem Einmarsch der Randstaaten des Ostens usw. in Deutschland, ist doch nicht zu widerlegen. Deshalb sollten auch die Kommunisten gerade von ihrem Standpunkt diese Situation klar erfassen, von der eigenen politischen Opposition schon ganz zu schweigen. Wir Gewerkschafter sind nun zwar unter allen Umständen friedliche Leute und Gegner jeglichen Krieges. Andererseits haben wir aber viel zu viel Erfahrung aus unseren wirtschaftlichen Kämpfen mit dem Unternehmertum und den Arbeitgeberverbänden, als daß wir so ohne weiteres bereit sein könnten, auf jegliche Machtmittel zu verzichten. So dürfte auch hier der Parteitag das Richtige getroffen haben im Sinne der deutschen Gewerkschaften.

Nach dem Referat der Genossin Juchacz und der Diskussionsredner hierzu über das Recht auf Arbeit der Frau erscheint es uns überflüssig, hierzu noch ausführlich etwas zu sagen. Wir wissen sehr wohl, daß hart im Raum sich die Dinge stoßen und daß mancher Betriebsrat bei den Fragen der Entlassung geneigt sein wird, die soziale Lage der einzelnen Arbeiter zu berücksichtigen und dabei die verheiratete

Frau (soweit der Mann auch Verdienener ist) leicht in die vordersten Reihen der zu Entlassenden stellen wird. Wir sind aber andererseits der Meinung, daß dieser krisenhafte Zustand nicht als normal anzusehen ist und daß wir bei normalen Zeiten auch wieder klare Bahn bekommen, die schon August Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ trefflich gekennzeichnet hat: Anrecht der Frau auf den gleichen Arbeitsertrag, also gleichen Lohn und möglichst weitgehende Arbeitsschutz für die Frau, aber auch volle Gleichberechtigung bei dem Anspruch auf Arbeit. Es unterliegt u. E. keinem Zweifel, daß die nächstfolgende Generation das Recht der Frau ohnehin wesentlich erweitern wird nicht nur in sozialer und wirtschaftlicher, sondern auch in gesellschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung. Das um so mehr, als in fast allen Großkulturländern infolge des Weltkrieges die Frauen als Wählerinnen um je zwei Millionen stärker sind als die Männer. Sobald sie sich einmal politisch stärker interessieren und informieren, werden sie auch ihre Rechte noch energischer wahrnehmen. Dann werden ohnehin die Männer jene Konzessionen machen müssen, die sie heute nur zögernd anerkennen.

Erfreulich war auch, daß das temperamentvolle Referat Schreck über Arbeitersport gute Aufnahme fand auf dem Parteitag. Die Gewerkschaften haben sich wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt und sind sich vollständig darüber einig, daß die Leibesübungen für die Arbeiterschaft außerordentlich wichtig sind. In allen ihren Jugendgruppen haben sie deshalb entweder eine Vereinbarung mit dem Arbeiter-Turn- und -Sport-Bund getroffen zu gemeinsamen Übungen oder sie haben besondere Sporttruppen eingerichtet. Die Angst, die aus einer Berliner Resolution spricht, die nur die großen Jugendorganisationen der SAJ., der freien Gewerkschaften und des Arbeitersportbundes gelten lassen will (also das Reichsbanner ausschließt), erscheint uns übertrieben. Wir glauben nicht, daß eine Riesenorganisation auf die Dauer auf die Jugend verzichten kann. Darum wird die Entwicklung über diese Auffassung zur Tagesordnung übergehen.

Bemerkenswert ist noch die Beurteilung des Magdeburger Parteitages im Spiegel der Presse. Die bürgerliche Presse hat diesmal weit ausführlicher denn je ihre Berichterstattung ausgedehnt, schon in Rücksicht auf die Ministerreden von Müller und Severing. Dabei sind allerhand Vorbehalte gemacht worden, wie es ja, vom Standpunkt einer anderen Partei aus gesehen, nicht anders sein kann. Auch von seiten unserer kommunistischen „Freunde“ ist eine Herabsetzung nicht nur der Redner, sondern auch des Parteitages selber erfolgt in Ausdrücken und Tönen, wie wir sie von dieser Seite zwar gewöhnt, die aber doch eines geistigen Kampfes eigentlich nicht würdig sind. Es ist nicht unsere Aufgabe, hierzu eine Abwehrstellung einzunehmen. Wir möchten aber doch sagen, es erscheint höchst merkwürdig, daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in einem fulminanten Artikel ganz ähnliche Argumente aufbringt, wie die linksgerichtete Presse gegen diesen Parteitag und seine Leistungen. Wenn den Arbeitgebern dieser Parteitag nicht radikal genug war, so möchten wir gerade als Gewerkschafter betonen, daß nicht das immer radikal ist, was in Worten zunächst dem einen oder anderen so scheinen mag. Gewerkschaftlich radikal ist, was im Interesse der gesamten Arbeiterschaft unmittelfar liegt! Das sollte nachgerade hinlänglich bekannt sein. Wir sind für eine entwicklungsmäßige Politik, die basiert auf dem, was möglich ist. Es hat keinen Sinn, zu verkennen, daß auch Gegenmächte da sind, die — mit scharfen Resolutionen beschossen — noch lange nicht umfallen.

Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen bedeutet der Magdeburger Parteitag in seinem geschlossenen Beginn wie in seinem Ausklang für den Gewerkschafter eine erfreuliche Erscheinung, die wir nicht außer acht lassen dürfen und die auch den wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften zugute kommt.

E. D.



## Curtius und die Maschinenbauer gegen die öffentliche Wirtschaft

Angriffe und Klagen über den privatwirtschaftlichen Wettbewerb der öffentlichen Hand scheinen wieder an der Tagesordnung zu sein. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius konnte es nicht unterlassen, bei der zweiten Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums die Klagen der Privatindustrie über die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zu rechtfertigen. Er behauptete, daß die derzeitige Reichsregierung die Auffassung vertrete, daß einer durch die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht gebotenen Ausdehnung der Betätigung der öffentlichen Hand angemessene Grenzen zu setzen seien. Soweit wirtschaftliche Betriebe des Reichs in Frage ständen, bedürfe es hierzu keiner besonderen gesetzlichen Maßnahme, da das Haushaltsrecht des Reichstages eine ausreichende Handhabe gäbe. Im übrigen wird dem mittelständischen Gewerbe keine besondere Konkurrenz bereitet, da es sich in der Hauptsache um Betriebe in der Eisen-, Aluminium- und Metallgewinnung und -verarbeitung, Stickstoffherzeugung und Elektrizitätsversorgung, also mehr um gemeinnützige öffentliche Versorgungsbetriebe handle. Die Klagen des mittelständischen Gewerbes über die Konkurrenz der öffentlichen Hand seien in erster Linie durch gewisse Betriebe der Länder und Gemeinden veranlaßt. Hiergegen eine reichsgesetzliche Maßnahme zu treffen, stößt auf Schwierigkeiten, die vor allem in der Verfassung des Reichs begründet seien. Doch werde im Rahmen der in Aussicht genommenen Reichsreform und einer dann zu schaffenden Reichsstädte- bzw. Reichsgemeindeordnung eine wünschenswerte Abhilfe möglich sein. Zurzeit jedenfalls müsse die Kontrolle und Initiative den Länderparlamenten überlassen sein. Als Muster hierfür wies Curtius auf die neue bayerische Gemeindeordnung vom Oktober 1927 hin, durch welche die privatwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden eingeschränkt werde. Schließlich wandte sich Curtius auch noch gegen die sogenannte Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe. Eine steuerliche Privilegierung solcher Betriebe sei allenfalls nur dann berechtigt, wenn es sich um unmittelbare Versorgungsbetriebe handle! Darüber hinaus scheine keine steuerliche Begünstigung der Betätigung der öffentlichen Hand gerechtfertigt, auch wenn diese Betätigung als gemeinnützig bezeichnet wird. Der Minister begrüßte es schließlich, daß in der Tages- und Fachpresse der Gedanke der Besteuerung der öffentlichen Betriebe mehr und mehr Anklang finde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Entschliebung des Haushaltsausschusses des Reichstages Annahme und Ausgestaltung finden werde, wonach diese Frage einer eingehenden Prüfung nach ihrer volkswirtschaftlichen und finanziellen Bedeutung unterzogen werden soll, und nach welcher die Betriebe der öffentlichen Hand zur Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen verpflichtet werden sollen.

Aus der Rede des Herrn Curtius erfährt die Öffentlichkeit zum erstenmal davon, daß der Haushaltsausschuß einen Beschluß gefaßt hat, wonach die Besteuerung der öffentlichen Betriebe geprüft werden soll. Wir haben allen Grund, darüber um so mehr erstaunt zu sein, als ungefähr zur gleichen Zeit der Steuerauschuß des Reichstags sich mit der Steuerbefreiung der Ruhrgasanleihe einverstanden erklärt hat. Darüber ist ja in der letzten Nummer der „Gewerkschaft“ Näheres mitgeteilt worden. — Einen groß angelegten Angriff gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand versuchte auch am 6. Juni auf der ordentlichen Versammlung des Verbandes der deutschen Maschinenbauanstalten ihr Geschäftsführer Direktor Karl Lange. Lange hielt auf dieser Unternehmerversammlung, welcher der Herr Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in einer Begrüßungsrede seinen Segen gab, einen Vortrag über „Wirtschaftsdemokratie oder organisierte Wirtschaftsfreiheit“. In diesem Vortrag versuchte er ein Arbeitgeberprogramm zur Bekämpfung der Wirtschaftsdemokratie aufzustellen. Es hatte seinen besonderen Reiz, von Herrn Lange zu hören, daß er das hohe geistige und stilistische Niveau des Buches der Gewerkschaften über „Wirtschaftsdemokratie“ durchaus anerkenne. Einer der Diskussionsredner glaubte das auch aussprechen zu müssen, fügte dem aber hinzu, daß er das hohe geistige Niveau dieses Buches bedauere. Man hätte nur gewünscht, daß die Auseinandersetzungen der Maschinenbauer mit diesem Buch auf der gleichen geistigen Höhe gestanden hätten. Leider mußten die Ausführungen Langes enttäuschen. Lange sprach plump und führte nur schwache und unklare Argumente gegen die Wirtschaftsdemokratie ins Feld. Er sieht in der Wirtschaftsdemokratie ein Schlagwort, identifiziert

Wirtschaftsdemokratie mit Verwaltungswirtschaft, gegen die er die freie Marktwirtschaft ausspielt. Und um zu verdeutlichen, was unter dieser Verwaltungswirtschaft zu verstehen sei, begnügte er sich mit einem Hinweis auf die Bürokratie des Wohnungsamtes. Es grenzte schon hart an Demagogie, wenn er den Satz: „Bevor der Kapitalismus gebrochen wird, kann er auch gebogen werden“, welchen er aus dem Buche „Wirtschaftsdemokratie“ zitierte, dadurch zu erledigen glaubte, daß er sagte, ein verbogener und verpuschter Kapitalismus könne noch lange keine neue und bessere Wirtschaftsordnung darstellen.

Lange wandte sich dann mit aller Schärfe gegen die angebliche gewerkschaftliche Forderung eines politischen Lohnes. Er behauptete, daß dieser politische Lohn heute zu den Programmpunkten der Gewerkschaften gehöre und forderte an seiner Stelle einen optimalen Lohn. Von den politischen Gehältern war kein Wort zu hören. Indirekt waren diese ganzen Äußerungen bezogen auf den Satz, den Hilferding in Kiel sprach: „Jeder Lohn ist auch ein politischer Lohn.“ Daß in der Lohnfrage nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch gesellschaftliche Machtfragen entscheidend sind, ist eine banale Weisheit, die Herrn Lange niemals einleuchten dürfte. Herr Lange gefiel sich überhaupt sehr oft in Bonmots (Witzworten), so, wenn er sagte, daß auf Grund der gewerkschaftlichen Forderung der Wirtschaftsdemokratie die Gefahr bestände, daß an die Stelle des Wagemuts der Geist der Genossenschaftsbäckerei trete.

Eine hervorragende Stelle in den Auseinandersetzungen Langes mit der Wirtschaftsdemokratie nahmen die öffentlichen Betriebe ein. Er glaubte in der Ausdehnung der öffentlichen Betriebe die Gefahr einer Derwirtschaftlichung des Staates zu erkennen. „Wir wollen einen Staat, dessen Regierung das tut, wozu sie da ist, nämlich regieren. Der Staat soll nicht in der Wirtschaft, sondern über der Wirtschaft stehen.“ Sobald sich die wirtschaftliche Eigenbetätigung der öffentlichen Hand nicht als Ausnahme auf ganz bestimmte Gebiete beschränke, sobald man jedes Dordringen in die Wirtschaft grundsätzlich als Fortschritt betrachte, dann sei allerdings ein Prinzip statuiert, das bei hundertprozentiger Ausdehnung zu einer völligen Sozialisierung führen wird.

In diesem Zusammenhange belustigte Herr Lange auch mit der Wiedergabe einer Geschichte vom kleinen Moritz, die den Anwesenden besonders beweiskräftig schien. Von dem niedrigen geistigen Niveau des Vortrages des Direktors Lange zeugte schließlich auch die Tatsache, daß er mit dem Hinweis auf die Mißerfolge in der bolschewistischen Planwirtschaft seine Angriffe gegen die öffentliche Wirtschaft glaubte begründen zu können. Immer wieder rief er die heroischen Elemente im Kapitalismus, den Wagemut, den instinktiven Entschluß und das Fingerspitzengefühl zum Zeugen an gegen die Verspießerung und Verkleinbürgerlichung zu der die öffentliche Wirtschaft zu führen drohe. Großen Beifall erntete Herr Lange, als er mit dem Hinweis auf die privatwirtschaftliche Betriebsform öffentlicher Betriebe fragte, wozu man dann diese Betriebe noch der öffentlichen Hand belasse. Herr Lange dürfte nie begreifen, daß die privatrechtliche Betriebsführung öffentlicher Betriebe einer gemeinwirtschaftlichen Bindung der öffentlichen Betriebe nicht zu widersprechen brauche, daß die privatrechtliche Form öffentlicher Betriebe kein Argument für die privatkapitalistische Unternehmervirtschaft ist.

Es würde zu weit führen, noch die übrigen Argumente des Herrn Lange gegen die öffentliche Wirtschaft zu beleuchten. Wir begnügen uns damit, zum Schluß festzustellen, daß Herr Lange in seinem positiven Programm gegen die Wirtschaftsdemokratie ebenso banal blieb wie in seiner Defensiv gegen die Wirtschaftsdemokratie. Es gehört schon nicht viel Weisheit dazu, die Forderung aufzustellen, daß auf allen Gebieten, auf denen die Privatwirtschaft betrieben werden kann, die öffentliche Hand nichts zu suchen hätte. Wir sind ein wenig enttäuscht. Wir hatten von der Tagung der größten Gruppe in der Fertigungsindustrie erwartet, daß sie nicht auf demselben niedrigen Niveau stände wie die Tagungen der Schwerindustrie.

Dr. P.

„Würde ich je vor die Wahl gestellt, entweder die Löhne zu drücken oder die Dividenden abzuschaffen, ich würde ohne zu zögern die Dividenden abschaffen. Allerdings ist diese Wahl nicht wahrscheinlich, denn wie bereits erwiesen, lassen sich durch niedrige Löhne keine Ersparnisse erzielen. Löhne zu reduzieren ist schlechte Finanzpolitik, da zugleich auch die Kaufkraft reduziert wird.“

Ford: „Mein Leben und mein Werk.“

## Betriebsrätebesuch der Deutschen Ausstellung Gas und Wasser

Seit dem April d. J. findet in Berlin eine Ausstellung statt, die alle Teilgebiete des Gas- und Wasserfachs in einem Ausmaß und einer Geschlossenheit zur Darstellung bringt, wie sie bisher weder in Deutschland noch in anderen Ländern jemals erreicht worden ist. Die Vielseitigkeit des Gebotenen, von der bereits in Nr. 13 der „Gewerkschaft“ ein Bild gegeben wurde und eine glückliche Verknüpfung leicht verständlichen allgemeinen Anschauungsmaterials mit speziellen, den Technikern interessierenden Gegenständen lassen die Deutsche Ausstellung Gas und Wasser für den Laien wie für den Fachmann als gleich wertvoll erscheinen. So kommt es; daß nicht nur aus allen Teilen Deutschlands, sondern auch aus zahlreichen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern Delegationen von Gas- und Wasserwerksdirektoren, Betriebsleitern, Ingenieuren und anderen für das Gas- und Wasserfach Interessierten eintreffen. Sie alle haben das Bestreben, von der Ausstellung neue Anregungen und Erfahrungen mitzunehmen, die sie dann in ihrem Beruf verwerten wollen. Mindestens ebenso wertvoll wie für die leitenden Beamten der Gas- und Wasserwerke ist jedoch der Besuch einer derartigen Fachausstellung auch für den Arbeitnehmer. Er, der unmittelbar im Produktionsprozeß steht, kann seine Arbeit nur dann ganz ausfüllen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, sich fachlich weiterzubilden und sich über die ständig fortschreitende Technik seines Arbeitsgebietes auf dem laufenden zu halten. In ganz besonderem Maße gilt das für die Betriebsräte dieser Werke.

Aus diesem Grunde forderte die Reichssekktion der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke unseres Verbandes die Betriebsräte der Gas- und Wasserwerke, soweit dieselben Mitglieder unserer Organisation sind, auf, an die Leitungen der Werke heranzutreten, damit diese den Betriebsräten die Möglichkeit geben, die Ausstellung Gas und Wasser zu besuchen. Dieser Anregung wurde in weitestem Maße entsprochen. 481 Betriebsräte aller Gegenden Deutschlands waren am 3. und 4. Juni in Berlin vereinigt, um die Ausstellung zu besichtigen. Um eine sachmännische Information für die Besichtigung der Ausstellung entgegenzunehmen, hatten sie sich am Montag früh 9 Uhr im großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses versammelt. Sie wurden dort begrüßt vom Reichsleiter der Sektion GEM., Kollegen Orlopp, sowie vom Vorsitzenden unseres Verbandes, Kollegen Becker und namens der Berliner Ortsverwaltung durch deren Bevollmächtigten, Kollegen Schaum.

Alsdann hielt Oberbaudirektor Ludwig ein sehr instruktives Referat über die Deutsche Ausstellung Gas und Wasser. Er führte dabei etwa folgendes aus:

Im Jahre 1928 wurde in einer Versammlung der Gas- und Wasserfachleute und anderer führender Persönlichkeiten der Beschluß gefaßt, eine großzügige Veranstaltung für das Gas- und Wasserfach aufzuziehen. Die wissenschaftliche Obhut über das Ausstellungsunternehmen hat der Deutsche Verein von Gas- und Wasserfachmännern übernommen, der dieses Jahr sein 70jähriges Bestehen feiert.

Die Gasversorgung nimmt auf der Ausstellung, die insgesamt nahezu 40 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche umfaßt, den größeren Teil, nämlich Halle I und II, für sich in Anspruch. Das Wasser, das gegenüber dem Gas ein viel einheitlicherer Stoff ist und dessen Gewinnung nicht so zahlreiche grundsätzliche Variationen aufweist wie das Gas, ist in Halle III und IV untergebracht.

Hinsichtlich des Gesamtgasverbrauchs steht Deutschland mit etwa 3,5 Milliarden Kubikmeter in der Welt an dritter Stelle, während England das klassische Land der Gasindustrie mehr als das 2,5fache, USA. mehr als das 3,5fache verbraucht. Dementsprechend sind auch die Kopfverbrauchsfiguren bei uns etwa 100 Kubikmeter pro Kopf und Jahr, in England 242 Kubikmeter und in USA. 234 Kubikmeter, wobei zu beachten ist, daß in USA. der Naturgasverbrauch etwa das Vierfache des Verbrauchs an erzeugtem Gas ausmacht.

Der Steinkohlenverbrauch der Gaswerke wird zu rund 7 200 000 Tonnen oder 5 Proz. des gesamten Steinkohlenverbrauchs angegeben, wobei 80 Proz. aus Deutschland, 14 Proz. aus England, 5 Proz. aus Holland, 0,1 Proz. aus dem Saargebiet und 0,9 Proz. aus der Tschechoslowakei bezogen werden.

Die Arbeiterzahl vermehrte sich auf den Gaswerken nur wenig, von 59 235 (1913) auf 59 474 (1928). Die Löhne von 77 Millionen auf 128 Millionen Mark.

Aus der Fülle der Ausstellungen der Städte Berlin, Wien, der Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck, der Stadt München, Frank-

furt, Stuttgart, Nürnberg, Chemnitz usw. ist überall ein recht erfreulicher Fortschritt in der Gasabnahme zu ersehen. Besonders bemerkenswert sind die Gasverbrauchsgebirge Wien und München, die mit besonderer Klarheit die Entwicklung der Gasverwendung zeigen. 1900 lieferten die Gaswerke Gas überwiegend für Beleuchtungszwecke und nur nebenbei für Koch- und Heizwecke. 14 Jahre später sind schon ausgesprochen hohe Verbrauchsspitzen in der Mittagszeit, eine Folge der zunehmenden Gasverwendung zum Kochen, zu beachten, während die Abendspitze mit dem hier einschlägigen Gasverbrauch zum Beleuchten noch eine recht erhebliche Höhe aufweist. Weitere 14 Jahre später, 1928, ist der Charakter des Belastungsgebirges ein gänzlich anderer geworden. Starker Verbrauch in den Morgen- und Mittagstunden und geringerer Verbrauch in den Abendstunden. Jedoch nicht wie früher im letzten Falle im Winter, sondern besonders im Herbst, zeigt eindeutig die überwiegende Bedeutung des Gases zum Kochen.

Damit ist die Entwicklung unserer Gaswerke als Zentrale der Wärmelieferung klar vorgezeichnet.

Besonders eingehend haben sich die Gaswerke mit der Verteilung des Gasverbrauchs auf Tag, Jahr und Verbraucherbezirke befaßt. Es zeigt sich, daß die Höhe des Gasverbrauchs einmal von der Bevölkerungsdichte und zum anderen von dem Wohlstand der Bevölkerung abhängt. Daraus ergibt sich, daß gerade für die minderbemittelte Bevölkerung eine Erleichterung in bezug der Gasgeräte für eine Hebung des Gasverbrauchs von besonderer Bedeutung ist.

Die Abteilung „Wissenschaft und Forschung“ zeigt neben der Entstehung der Kohle die Heizwerte der Brennstoffe, die gebräuchlichen Kohlenarten, Entgasungsproben von Kohlen und die verschiedenen Arten ihrer Mischung. Ein Heer von Bildern zeigt den Einfluß des Entgasungsvorganges und die Entwicklung der Öfen von der gußeisernen Murradretorte bis zu den modernen Großgas erzeugungsmaschinen. Einen breiten Raum nimmt die Prüfung fester Baustoffe sowie der Isolierstoffe und die Darstellung der Laboratoriumsgeräte ein.

Die Gas erzeugungsöfen sind meist in Naturgröße aufgebaut. Verschiedene Städte haben Pläne ihrer Rohrnetze ausgestellt. Die Rohrherstellung und die verschiedene Rohrverbindung zeigt in vorbildlicher Weise der Stahlrohrenverband. Eine nicht minder interessante Ausstellung ist jene der verschiedenen Arten von Rohrkorrosionen und ihre Verhütung. Auch bei der Verteilung des Gases im Haus durch Steigleitungen, Gasmesser- und -regler haben sich wesentliche Wandlungen und Fortschritte vollzogen.

Unter dem Einfluß der Fortschritte der amerikanischen Gasgeräteindustrie hat auch in Deutschland die Entwicklung der Gasgeräte seit etwa 4 Jahren recht erfreuliche Formen angenommen. Die Anwendung des Gases in gewerblichen und industriellen Betrieben wird in einer großen Zahl von Werkstätten durchgeführt, die in der Ausstellung in vollem Betrieb vorgeführt werden.

Neben den einzelnen Ausstellungen der Städte und Privatfirmen hat die „Gasverbrauch G. m. b. H.“ eine große umfassende Schau der Gasverwendung gegeben, indem die mit Hilfe von Gas erzeugten Gegenstände so dargestellt werden, daß man die Leistung des Gases je Kubikmeter erkennen kann.

Eine bemerkenswerte Ausstellung ist diejenige des Berliner Gaswerks, der Berufsgenossenschaft und die ausgezeichnete Darstellung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Oberbaudirektor Ludwig betrachtet es als ein Zeichen unserer Zeit, daß die Arbeiterschaft tatkräftig am Aufbau unserer Wirtschaft mitarbeitet. Er sieht die Deutsche Ausstellung Gas und Wasser als einen gewaltigen moralischen Erfolg an.

Kollege Weck - Berlin sprach alsdann noch über die „Aufgaben der Betriebsräte in Gas- und Wasserwerken“. Wer für seine Tätigkeit lernen wolle, müsse aus den vier Wänden seines Betriebes heraus. Ehe städtische Körperschaften wichtige Neuerungen in ihren Betrieben und Verwaltungen vornehmen, nehmen auch sie häufig erst in anderen Städten Besichtigungen von Neuerungen vor, von denen sie gehört oder gelesen haben. Heute sind in so stattlicher Zahl Betriebsräte aus allen Teilen des Reiches erschienen, die von ihren Werksleitungen zur Besichtigung der Ausstellung delegiert worden sind. Es ehre die Betriebsleitungen, die der diesbezüglichen Anregung unseres Verbandes gefolgt wären. Die Arbeiterschaft hätte das Betriebsrätegesetz ja nicht allein wegen der Erweiterung sozialer Rechte erstrebt. Ebenso wichtig sei nämlich das Recht der Mitwirkung im Produktionsprozeß. Der Arbeiter wolle nicht nur als Arbeiter an der Arbeitsstelle mit gebundenen Arbeitsaufgaben



ohne Ausblick auf das wirtschaftliche Ganze leben. Es drängte ihn vielmehr, wie es in der Begründung zur Verfassung heißt, seine Sachkunde und Erfahrung fruchtbar zu machen und an der Produktionsentwicklung mitzuschaffen. Darum seien die Pflichten des Betriebsrats in wirtschaftlichen Fragen des Betriebes nichts Aufgezwungenes, sondern etwas von der Arbeiterschaft selbst Gewünschtes. Damit befäßen die Betriebsvertretungen aber eine völlig neue Funktion. Unter Förderung der Betriebszwecke sei nicht unbedingt die Förderung des Profits zu verstehen. Das gemeinsame Ziel soll vielmehr die Förderung der Wirtschaft sein. Notwendige Neuerungen mancher Art können sogar zunächst Uberschüsse eines Betriebes schmälern. Redner zeigte dann an Beispielen aus der Praxis unserer Betriebsräte in Gas- und Wasserwerken, daß Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch die Betriebsräte und Mitarbeit in wirtschaftlichen Fragen des Betriebes nicht unvereinbare Gegensätze sein brauchen. Die Betätigung in wirtschaftlichen Fragen sei allerdings nur eine beratende, anregende und gutachtliche. Es sei aber bereits von Arbeitgeberseite anerkannt worden, daß die Praxis vielfach erwiesen habe, daß Betriebsräte und andere Arbeitnehmer infolge ihrer dauernden Berührung mit dem Arbeitsprozeß, ihrer ständigen Beschäftigung mit Arbeitsmaschinen usw. in der Lage wären, wertvolle Anregungen zur Verbesserung von Maschinen sowie zur Aenderung der Arbeitsverteilung zu machen und auf diese Weise an der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes mitzuarbeiten. Wenn auch das Gesetz den Betriebsräten Eingriffe in die Betriebsleitung verbiete, so hätten unsere Betriebsräte doch gezeigt, daß sie auch ohne dieses Recht in wirtschaftlichen Fragen erfolgreich zu arbeiten verstehen. Auch vor den Problemen der Rationalisierung und der Fernversorgung mit Gas und Wasser dürften unsere Kollegen nicht den Kopf in den Sand stecken, weil sonst die Entwicklung zum Schaden der kommunalen Wirtschaft über sie hinweggehen würde. Es käme jedoch nur eine kommunale Versorgung in Frage, wie überhaupt das Ziel unserer Betriebsräte sein müsse, die öffentliche Wirtschaft zu erhalten und auszubauen. Redner ging also dann auf die gesetzlichen Pflichten des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat ein, die vorgegeben sind, um die Betriebsräte zur sachgemäßen Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben in den Stand zu setzen. Dazu gehöre z. B. die Auskunfts- und Berichterstattungspflicht über alle Betriebsverhältnisse sowie die Pflicht zur vierteljährlichen Berichterstattung. Doch müßten die Betriebsräte diese Berichterstattung verlangen. Bei Gesellschaftsbetrieben hätten die Betriebsräte durch die Möglichkeit, Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, ein Mitbestimmungsrecht. Leider sei aber über die Wirksamkeit dieser Vertreter in Aufsichtsräten bisher wenig bekannt geworden. Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe könnte auch durch Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren gefördert werden. Koste doch jeder Unfall dem Betrieb durchschnittlich nach Berechnungen der Berufsgenossenschaften 5000 Mk. Im Jahre 1928 hätte sich leider wieder die Gesamtzahl der gemeldeten sowie der erstmalig entschädigten Betriebsunfälle gesteigert. Von der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke liegt der Bericht noch nicht vor. Die Anwesenden müßten daher bei Besichtigung der Ausstellung auch auf die Möglichkeit achten, ob in ihren Betrieben die Verwendungs von Einrichtungen möglich sei, die eine größere Unfallsicherheit gewährleisten. Von der Besichtigung der hiesigen Werke und der

Ausstellung erhoffe er Nutzen für die Betriebsratstätigkeit und die öffentliche Wirtschaft.

In seinem Schlußwort forderte Kollege Orloff die Betriebsräte auf, ihre Tätigkeit nicht nur darin zu sehen, als Vertrauensleute der Arbeiterschaft des Werks zu gelten, sondern die Tätigkeit der Betriebsräte bestehe insbesondere auch in der Kontrolle der Betriebe. Wollen die öffentlichen Betriebe mit dem Privatkapital konkurrieren, so dürfen dieselben in technischer Beziehung nicht hinter den privaten Betrieben zurückstehen. Ein Ausbau der Werke in dieser Richtung müsse also auch von unseren Betriebsräten gefordert und unterstützt werden. Seit Jahren geht der Kampf des Privatkapitals gegen alle Zweige der öffentlichen Wirtschaft, insbesondere aber gegen die Gas-, Wasser- und Elektrizitätserzeugung. Die Reichssektion stehe im Kampf gegen diese privaten Bestrebungen in vorderster Reihe. Wertvolle Arbeit kann aber nur geleistet werden, wenn unsere Kollegen im Betrieb selbst fleißig mitarbeiten und für möglichste Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe sorgen. Die heutige Zusammenkunft zeige aber auch, welche gewaltige Fortschritte in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden. Noch vor wenigen Jahrzehnten wurden alle diejenigen gemahregelt, welche sich offen zu unserer Organisation bekannnten. Heute schicken die Werksleitungen Mitglieder unserer Organisation zu der Ausstellung Gas und Wasser, weil man ohne tatkräftige Mitarbeit der Arbeiterschaft in den Betrieben nicht wirtschaftlich arbeiten kann. „Gewerkschaftsarbeit ist Dienst an der Volkswirtschaft!“ Dieses Motto steht am Eingang unserer Kasse in Halle I. Nach diesem Motto wollen wir wie bisher auch in den nächsten Jahren weiterarbeiten. Die Organisation der Arbeiterschaft in den Gas- und Wasserwerken ist gut, sind doch die Arbeiter dieser Werke fast restlos einheitlich, und zwar in unserem Verbande organisiert. Und das ist recht so. Im Zeitalter der fortschreitenden Mechanisierung sei eine geschlossene Organisation notwendiger denn je. Mit der Aufforderung des Kollegen Orloff, die in Berlin gewonnenen Eindrücke im Interesse der Allgemeinheit im Heimatsort zu verwerten, wurde mit einem Hoch auf unseren Verband und die Reichssektion GEW. die imposante Tagung geschlossen.

Anschließend fanden dann Besichtigungen der Berliner Gas- und Wasserwerke statt, bei denen von den Betriebsleitungen für sachkundige Führung gesorgt worden war. Abends wurden unsere Kollegen von der Berliner Filiale auf einem Begrüßungsabend empfangen.

Der nächste Tag war vollkommen der gemeinsamen Besichtigung der Ausstellung gewidmet. Auch hierfür waren von den Gas- und Wasserwerken Führer zur Verfügung gestellt worden, die unseren Kollegen einen erschöpfenden Einblick in die Ausstellung vermittelten. Den Abschluß bildete der Besuch einer Darstellung der Städtischen Oper. So konnten sich die Kollegen bei wertvollen künstlerischen Darbietungen von ihrer anstrengenden Tagesarbeit erholen.

Der Verlauf des Betriebsrätebesuches war ein durchaus harmonischer und ertragreicher. Zahlreiche Kollegen äußerten, daß sie von der Besichtigung der Ausstellung sowohl als auch der Werke wertvolle Anregungen und neue Kenntnisse für ihre Berufsarbeit mit nach Hause nahmen. Alles in allem darf die Veranstaltung in jeder Beziehung als gelungen bezeichnet werden. K. H.

## Der Sieg der Labour Party

Den epochemachenden Sieg der britischen Arbeiterpartei kann man in seiner ganzen Größe nur ermessen, denkt man daran, daß die Partei erst im Februar 1900 ins Leben trat, also kaum 29 Jahre alt und die jüngste Arbeiterpartei Europas ist. Im Jahre 1900 gab es nicht nur in England viele Leute, die nicht an den festen Stand der plötzlich ins Leben getretenen Partei glaubten, sondern vor allem unter den Sozialisten des Auslandes war diese Meinung stark verbreitet. Man sprach verächtlich von einer „bloßen Gewerkschaftspartei“, die den Namen Arbeiterpartei im wahren Sinne des Wortes nicht verdiene. Es kam aber anders. 1906 errang die Partei ihren ersten parlamentarischen Sieg: mit 30 Abgeordneten zog die Partei bei ihrem ersten Wahlkampf ins Parlament ein und änderte mit einem Schlag die politische Struktur des Landes. Dabei war es mit der Weissagung einer bestimmten Sorte von „Gelehrten“, die immer wieder betont hatten: England sei kein Boden für eine selbständige Arbeiterpartei, weshalb dort der Sozialismus keinen Fuß fassen könne.

Gewiß, die Arbeiterpartei hat keine unabhängige Mehrheit im neuen Parlament, von 615 Abgeordneten gehören ihr nur 288.

Selbst die größten Optimisten prophezeiten der Partei im besten Falle nur 130 Mandatezuwachs, sie errang 127. Die Partei stellt, wie in den neun Monaten von 1924, eine Minderheitsregierung dar...

Wie wird sich also der Sieg der Labour Party praktisch auswirken? Das kann am zweckmäßigsten an den Wahlprogrammen der drei Parteien, die England aufweist, ermessen werden. Bei dieser Betrachtung scheiden die Kommunisten aus, die ihren einzigen Sitz, den sie im letzten Parlament inne hatten, verloren und es in diesem Wahlkampf nur auf 50 000 Stimmen brachten. Nie zuvor stand die soziale Frage so im Vordergrund des Wahlkampfes wie diesmal; hieran erkennt man den eminent praktischen Sinn des englischen Volkes. Als Gewerkschafter sind wir ganz besonders interessiert, zu erfahren, welche Maßnahmen die Arbeiterregierung in wirtschaftlicher Hinsicht zur Hebung des industriellen Lebens ergreifen wird. Das Bemerkenswerteste des Wahlkampfes war, daß die soziale Frage im allgemeinen nicht im Vordergrund stand, sondern das Problem der Erwerbslosigkeit. Die Regierung wird nun die Aufgabe haben, auf diesem Gebiete Taten zu zeigen. Sie wird hier anders verfahren, als es augenblicklich in Deutschland

die bürgerlichen Minister der Reichsregierung unter Führung des volksparteilichen Wirtschaftsministers Dr. Curtius versuchen. Nicht Abbau, sondern Verbesserung der Arbeitslosenversicherung wird eine der ersten Taten der neuen Regierung Englands sein. Dann wird man dem Parlament in Form eines Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weitgehende Pläne unterbreiten. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit ist ein weiteres Problem, das sofortige Inangriffnahme erheischt. Während des Wahlkampfes gab die Arbeiterpartei besonders den Kohlenbergarbeitern ein definitives Versprechen. Die Bergarbeiter verlangen die sofortige Aufhebung des von der konservativen Regierung im Jahre 1926 beschlossenen „freiwilligen“ Achtstundentagesgesetzes, wonach durch freiwillige Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer bis zu acht Stunden gearbeitet werden kann. Im Hintergrunde des Problems des Kohlenbergbaues steht das vom Internationalen Arbeitsamt ausgearbeitete Gutachten zur Reorganisation des Kohlenbergbaues auf internationaler Grundlage. In nationaler Hinsicht wird man auf den berühmten Bericht des Kohlenauschusses, der unter Führung des liberalen Abgeordneten Sir Herbert Samuel vor Ausbruch des neunmonatigen Streiks der Bergarbeiter 1926 veröffentlicht wurde, zurückkommen. Obwohl die konservative Regierung den Kohlenauschuß ernannte und sich auch nach Veröffentlichung des Berichts bereit erklärte, die Vorschläge desselben zu verwirklichen, entschied man sich schließlich auf Geheiß der Unternehmer für eine Politik des Nichtstuns. Hier wird es Aufgabe der Arbeiterregierung sein, schnelligst einzugreifen, was sie auch tun wird. Allerdings verlangt die Arbeiterpartei, ihrem sozialistischen Programm getreu, die Sozialisierung des Bergbaues, eine Forderung, die der Kohlenauschuß feinerzeit ablehnte. Was wird hier geschehen? Legen wir zunächst das Hauptgewicht nicht auf die Schwierigkeiten, die der neuen Regierung im Wege stehen werden und die es zweifellos in Hülle und Fülle geben wird, denken wir an die Arbeit, die zum Wohle der Arbeiterklasse geleistet werden kann. Und da gibt es auf Jahre hinaus genug zu tun. Weber die Liberalen noch die Konservativen werden den Mut aufbringen, gegen Maß-

nahmen zu stimmen, die beispielsweise vom Kohlenauschuß als notwendig bezeichnet wurden. Ferner werden sich vor allem die Liberalen hüten, gegen Gesetze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu stimmen, da doch gerade dieses Problem in ihrem Programm verarbeitet wurde.

Die Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabs spielt eine besondere Rolle in den Plänen des Premierministers Ramsay MacDonald. Dieser Reichswirtschaftsrat soll nach dem Vorbild des im Kriege bestandenen Reichsverteidigungsrats geschaffen werden. Die Leitung des Gesamtrats obliegt dem Premierminister, als Vorsitzende der Unterausschüsse sollen die Ressortminister fungieren. Diesen Unterausschüssen werden außer den Regierungssachverständigen die Vertreter der Gewerkschaften sowie der Unternehmerorganisationen angehören. Der Reichswirtschaftsrat wird sich vor allem mit der Reorganisation der Industrie und der Rationalisierung zu befassen haben. Hier gilt es Maßnahmen zu ergreifen, damit die Rationalisierung nicht nur zum Nutzen des Unternehmertums ausläuft, sondern auch die Arbeiterchaft Anteil an der Steigerung der Produktion hat. So wird der Sieg der Labour Party nicht nur von großem Wert für die englische Arbeiterklasse sein, er wird die gesamte Weltwirtschaft befruchten.

Auch außenpolitisch wird der Sieg der Arbeiterpartei neues Blut in die Adern der verknöcherten Politik der Diplomatie bringen. Selbst die größten Gegner Ramsay MacDonalds geben zu, er sei der bedeutendste Außenminister gewesen, den England in den letzten hundert Jahren aufzuweisen hatte. Im Wahlkampfe betonten die Vertreter der Partei immer wieder, die Befreiung deutscher Gebiete vertrage sich nicht mit der Idee des Völkerbundes. Die Regierung wird alles tun, um endlich der Befreiung des Rheinlandes ein Ende zu bereiten. MacDonald ist ein Mann des Friedens. Er wird die jetzt eingefrorenen Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang bringen. Alle Welt erwartet, daß es der neuen Regierung auf dem Gebiete der Außenpolitik gelingen wird, neue Wege zu zeigen. Wir aber hoffen, es wird der Regierung MacDonalds gelingen, die Weltpolitik im Sinne des Friedens auf Jahrzehnte hinaus bestimmend zu beeinflussen. B. Weingart.

## Die Entwicklung der Eigenproduktion in den deutschen Konsumgenossenschaften

Wenn auch der Gesamtumsatz der deutschen Konsumgenossenschaften mit rund 1½ Milliarden Mark im Vergleich zum gesamten Warenumschlag durch den Privathandel im Gesamtbetrag von rund 30 Milliarden Mark im Jahre 1928 noch einen verhältnismäßig geringen Anteil bedeutet — er könnte bei einiger Einsicht der großen Verbrauchermassen in die inneren Zusammenhänge von Haus- und Volkswirtschaft zehnmal größer sein! —, so besitzt dieser Umsatz doch einen ganz eigenartigen inneren Wert und eine besondere Bedeutung für das Kapitel der produktiven Wirtschaftsdemokratie. Wofür sich Sozialisten und Gewerkschafter am allermeisten interessieren dürften. Aber auch die Verbraucher im allgemeinen haben ein Interesse daran, zu sehen, wie sich genossenschaftlich organisierte Kaufkraft allmählich in Produktion für den eigenen Markt umsetzt. Und da es sich hierbei fast ausschließlich um Nahrungsmittelproduktion handelt — Backwaren, Teigwaren, Fleisch- und Wurstwaren usw. —, so gewinnen die Zahlen eine wesentlich größere Bedeutung am Gesamtumschlag des deutschen Privathandels, in welchen ja die gesamte Verbrauchsgüterproduktion einbezogen ist.

Zur Beurteilung des Verhältnisses der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zum Umsatz dienen am besten die von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (Hamburg) bekannten Zahlen. Außer dieser größten Zentralorganisation der deutschen Konsumgenossenschaften käme noch der Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln) in Betracht, was aber für die nachfolgende Zusammenstellung keinerlei alterierende Bedeutung besitzt, in welcher die Umsatz- und Produktionszahlen der Geschäftsjahre 1924/1925 bis 1927/1928 eine interessante Entwicklung zeigen. Es betragen:

	Umsatz	Eigenproduktion
1924/25	616,1 MIL. Mk.	rund 160 MIL. Mk. = 26,0 Proz. des Umsatzes
1925/26	746,7 " "	" 186 " " = 25,8 " "
1926/27	881,1 " "	" 241 " " = 27,4 " "
1927/28	1045,9 " "	" 302 " " = 29,0 " "

Diese Zahlen zeigen, daß zwar in den beiden ersten Vergleichsjahren das Prozentverhältnis der Eigenproduktion zum Umsatz um eine Kleinigkeit gefallen ist, daß aber in den weiteren Ver-

gleichsjahren die Differenz wieder ausgeglichen wurde und noch eine Steigerung um 3 Proz. gegenüber dem Geschäftsjahre 1924/1925 erfolgte.

Diese Entwicklung scheint geringfügiger Natur zu sein. Wenn man aber beachtet, daß der Umsatz vom ersten Vergleichsjahr bis zum letzten eine Steigerung um 429,8 Millionen Mark erfuhr und die Eigenproduktion mit einer Steigerung um 142 Millionen Mark reagierte, also das Verhältnis noch um 3 Proz. erhöhte, so ergibt sich eine ganz unerwartete Zunahme der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, welche den Charakter der deutschen Konsumvereine als eigentliche Konsum- und produktiven genossenschaften erkennen läßt. Und es ist von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß diese konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion mit ihrer andauernden Steigerung den Beweis liefert, wie einfach und risikolos die Regelung der Produktion für den eigenen Markt ist. Sie ist aufgebaut auf dem Warenumsatz innerhalb des eigenen Marktes, bedeutet also: Regelung der Produktion durch genossenschaftliche Organisation des Verbrauchs. Die Ausschaltung der Zufälligkeiten und Spekulationen des offenen Marktes bedeutet Ausschaltung von Kapital- und Produktionsrisiko. Es wird nicht mehr planlos produziert, wobei Warenverderb und Zinsverlust die Risikoprämie des Kapitals bedeuten, sondern es wird bei nahezu absoluter Kenntnis des Bedarfs nur so viel produziert, als man braucht. Worin das „Geheimnis“ der risikolosen Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften beruht und ihre Bedeutung als praktisches Exempel für die Durchführbarkeit der Marxschen Theorie, die nach simplen Begriffen eigentlich ganz zu unrecht Menschen, Völker und Welten in den letzten sieben Dezennien politischen Kampfes aufgewühlt hat.

Man braucht sich also das von den Konsumgenossenschaften gegebene Beispiel nur auf nationaler Stufenleiter im volkswirtschaftlichen Ausmaß vorzustellen, um einzusehen, daß Wirtschaftsdemokratie technisch möglich und sozialwirtschaftlich notwendig und zweckmäßig ist. ff.



## Garten

## Der Garten im Juni-Juli



Die Aufbautätigkeit der Pflanzen ist nun aufs höchste gesteigert und damit ihr Wasser- und Nahrungsverbrauch. Sie haben viel nachzuholen in diesem Jahre, so viel, daß der lebenden Generation dafür Erfahrung und Maßstab fehlen. Jedenfalls haben wir Veranlassung, unser ganzes Wissen und Können und alle Möglichkeiten nutzbar zu machen, zumal wir augenscheinlich noch nicht am Ende der Prüfungen sind. An Nahrung fehlt es in einem gutgehaltenen Garten kaum, wo wir aber in dieser Beziehung im Zweifel sind oder ein übriges tun wollen, da können wir leicht und bequem mit den bekannten homöopathischen Gaben von Harnstoff-Kali-Phosphor oder Nitrophoska (3 bis 5 Gramm auf je 10 Liter alten Gießwassers oder 20 Gramm auf 10 Liter wöchentlich) nachhelfen. Mit dem Wasser steht es freilich schlechter. Unter dem Eindruck der schlimmen Ueberraschungen, die der Winter und, was schwerer wiegt, auch das Frühjahr brachten, haben wir kaum beachtet, wie ungewöhnlich trocken es seit Monaten, eigentlich schon seit dem Herbst ist. Der Schneefall im Winter ist zwar insofern ein Glück gewesen, als er viele Pflanzen vor dem Erfrieren bewahrte, die gewohnte und ganz unentbehrliche Frühjahrsfeuchtigkeit hat er uns, namentlich in leichteren Böden, aber nicht geben können, denn die austrocknenden Stürme im März und April haben die Schneefeuchtigkeit längst verdunstet. Eine einzige warme Woche hätte Mitte April schon schon pulvertrockene Gartenböden machen

müssen, wie sie sonst etwa im Juni sind. Das bedeutet eine ernstere Situation als die freilich augenscheinlichere lange Kälte. Vom Juni-Juli ist normalerweise warmes und trockenes Wetter zu erwarten. Jedenfalls müssen wir uns darüber klar sein, daß die Pflanzen auch mit den besten Nahrungstoffen nichts anfangen können, wenn ihnen das Wasser fehlt. Das läuft auf die Mahnung hinaus, gießen und abermals gießen. Es gibt nicht viele Gartenböden, auf denen im normalen Juni-Juli genug gegossen werden kann, selbst wenn ein feuchtes Frühjahr voranging. Diese Tatsache macht es notwendig, daß jede Maßnahme getroffen wird, um die Gießarbeit recht produktiv zu gestalten. Der Brunnen sei im besten Zustande, die etwa vorhandenen Wassertröge müssen schnell und mit geringster Arbeitsaufwendung zu füllen und bequem zu leeren sein. Wo eine Leitung im Garten liegt, da sollten auch die Kosten für einige gut verteilte Zapfstellen nicht gescheut werden, damit man überall abgestandenes Wasser haben kann.

Wir tun uns so viel darauf zugute, daß wir die Natur zu meistern verstehen, und in der Tat beweist ein Blick auf die fast ausschließlich fremdländischen Gewächse, die in unseren Gärten Heimatrecht erworben haben, daß wir in dieser Beziehung viel erreichten. Aber die Natur ist kein totes Ding, sondern die Zusammenfassung sehr lebendiger und eigenwilliger Kräfte, und wenn einige dieser Kräfte sich mal nicht in der gewohnten Ordnung halten, dann gerade dürfen wir nicht die Flinte ins Korn werfen, sondern müssen uns eines wirksamen Teiles unseres Verstandes bedienen, nämlich der Geduld. Damit ist keineswegs dumpfes Abwarten gemeint, obgleich auch das zur Not genügen würde, sondern weit ausholendes, überlegtes Vorbeugen und Lenken. Nur durch diese Art von Geduld haben Generationen vor uns unser heutiges Herrenverhältnis zur Natur begründet, und es wäre eine schlechte Intelligenzprobe, wenn wir gleich beim erstenmal, wo sich Gelegenheit bietet, mit eigenen Gedanken außerhalb eines Schemas diese Herrschaft zu verteidigen, versagen würden. Uebrigens, im



Die kleinen Helfer im Garten

Mal 1570 waren die Eiseiligen so streng, daß stellenweise noch im August der Boden gefroren war. Das Getreide reifte überhaupt nicht, und im Dezember fiel bereits wieder der neue Schnee. Das war angesichts der damaligen Technik und der Verkehrsverhältnisse wirklich eine Katastrophe, aber die Menschen sind auch darüber hinweggekommen und haben durch Jahrhunderte fast ungestört weiterbauen können an der Schönheit und dem Ertrag ihrer Gärten. Zusammenfassend ist zu sagen, daß wir nicht nervös werden und allerhand Kunststücke versuchen dürfen. Zwar müssen wir, soweit unsere Zeit und unsere Kraft reichen, gießen, hacken, jäten, harken, Ungeziefer vernichten und, wo es angebracht ist, düngen. Wir dürfen aber nicht glauben, daß alles zugrunde geht, wenn wir nicht vom ersten bis zum letzten Sonnenstrahl im Garten schuften. Diese rätselreiche Natur besteht nämlich nicht nur aus Kräften, die zwangsläufig vernichten, sondern auch aus solchen, die ebenfalls zwangsläufig aufbauen. — Solange die Erde steht,

soil nicht aufhören Same und Ernte. — Diese Verheißung erfüllt sich unter allen Umständen, auch ohne daß wir uns da zuschanden arbeiten! Im Ziergarten entfernen wir die abgeblühten Frühblüher, um Raum für andere blühende Pflanzen, z. B. Begonien, Heliotrop, Pelargonien usw., zu schaffen. Knollen und Zwiebeln von abgewelkten Tulpen, Hyazinthen, Ranunkeln, Anemonen werden an einer abgelegenen Stelle in Erde eingeschlagen, bis sie eingezogen sind. Dann läßt man sie in einem luftigen Raum, ausgebreitet, abtrocknen

und reinigt sie später. An Stauden, die eine lange Blütezeit haben, tut man gut, die abgeblühten Stengel stets tief abzuschneiden. Dadurch werden die nachfolgenden Blüten gefördert. Alle Beete sind zu behacken und sorgsam zu jäten. Dahlien, bisweilen auch Gladiolen und andere dünne Blütenstiele, erhalten kräftige Stöcke. Verblühte Blumen sind abzuschneiden. Wenn man die Wege grundsätzlich jede Woche harkt, dann ist es nicht schwer, sie unkrautfrei zu halten, weil die meisten Pflänzchen schon dadurch vernichtet werden. Auf diese Weise vermeidet man die Löcher in den Wegen, die durch Anwendung der Hacke entstehen. Gehölzgruppen hacke man öfter und halte sie rein von Unkraut; Bäume und Sträucher, die verpflanzt wurden, sind reichlich zu gießen, besonders aber die Nadelhölzer. Rasen wird alle 10 bis 14 Tage kurzgeschritten, danach gewalzt und bewässert. Er dankt für eine Gabe Harnstoff-Kali-Phosphor nach jedem Schnitt, am besten flüssig gegeben (20 Gramm auf 10 Liter Wasser für jedes Quadratmeter). Mitte Juni beginnt man mit dem Absenken der Nelken. Soll das auf den Gartenbeeten geschehen, dann behacke man diese vorher. Will man zweijährige und ausdauernde Pflanzen säen, so geschehe dies gegen Ende Juni. Die Sämlinge entwickeln sich bis zum Winter genügend, um den Frost ertragen zu können. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Fuchsia coccinea, Scharlach-Fuchsie (Kelch scharlachrot, Blumenkronenblätter violettblau), die 75 bis 100 Zentimeter hoch wird, im Freien kultiviert werden kann. Sie blühen von Juli bis Herbst und geben schöne, dichte Büsche, die schon im nächsten Jahre sehr reich blühen. Man besorge sich bald eine kräftige Pflanze der erwähnten Sorte. Im Garten gräbt man ein spatentiefes Loch (etwa 40 Zentimeter tief) und setzt die Pflanze, ohne Topf, mit ihrem Erdballen auf den Grund dieser Grube. Zunächst gibt man nur so viel Erde zu, wie nötig ist, um den Erdballen ringsum auszugießen. Mit dem fortschreitenden Wachstum füllt man Erde nach, bis das Loch schließlich gefüllt ist. Im Herbst schneidet man alle Triebe dicht

über der Erde ab und bedeckt vor Eintritt des Frostes etwa spatenhoch mit Pferdemist. Die Pflanze treibt im Frühjahr nach Entfernung der Mistdecke sehr schnell aus. Zu beachten ist, daß sie Windschutz und einen etwas schattigen Standort verlangt. Sie sollte besonders gegen Mittagssonne geschützt sein. Der Boden sei nicht zu stickstoffreich. Im Sommer erhält sie viel Wasser und öftere Nährsalzgüsse.

Im Obstgarten achten wir besonders darauf, ob viel junge Früchte abfallen. Dies ist nur dann unbedenklich, wenn die Bäume zu starken Ansaß haben, den sie doch nicht ausbilden können und dessen sie sich nun entledigen. Meistens handelt es sich aber um eine Mangelerscheinung, die oft schon durch starke Wassergaben behoben wird. Damit wird nicht nur der Wasserbedarf des Baumes befriedigt, sondern er vermag nun auch Nahrung aufzunehmen. Trockener Boden kann noch so reich an Nährstoffen sein, die Pflanzen müßten aber ohne so viel Flüssigkeit, wie zur Auflösung dieser Stoffe nötig ist, glatt verhungern. Haben junge Bäume augenscheinlich zu viel Früchte, dann brechen wir einen Teil aus, suchen aber die Ursache dieses Ueberschlusses zu ermitteln. Manchmal kommt er daher, daß das Band, mit dem der Baum an seinen Pfahl gebunden wurde, tief geschnitten hat. Das wäre ungewolltes Ringeln der ganzen Krone, was leicht dazu führen kann, daß die Krone abbricht und dadurch den Baum übermäßig schwächt. Alle Baumscheiben sind öfter in möglichst weitem Umkreis zu lockern und unkrautfrei zu halten. Wurzel- ausschläge und Wasserschossen müssen entfernt werden, sowie sie aufkommen, denn sie verbrauchen zwecklos Nahrung und die Lebensenergie der Bäume. Natürlich müssen die erst im vorigen Herbst gepflanzten Bäume und Sträucher besonders reichlich mit Wasser versorgt werden. Sollte ein junger Baum nicht ausgetrieben haben, aber im Holz noch grün sein, dann gebe man ihn noch nicht verloren. Er wird wieder aus der Erde genommen, die Wurzeln wäscht man in vielem reinen Wasser und schneidet sie frisch an, kranke oder tote Teile werden entfernt. Dann stellt man den Baum 24 Stunden in Wasser. Inzwischen mischen wir der Pflanzerde noch zwei Eimer gut durchfeuchtetes Torfmull und etwa einen halben Eimer gemahlenen, kohlen-sauren Kalk bei, pflanzen neu, treten an und gießen stark. In diesem Jahre wird es viele solcher Kümmerlinge geben, bei denen diese Kur meistens gut anschlagen dürfte. Wo sich Pilzbesall und Ungeziefer zeigen,

da spritze man noch mit Schwefel- oder Kupferkalkbrühe, aber nur, wo man glaubt, der Schädlinge nicht durch Abschneiden oder Abfuchen Herr werden zu können. In manchen Gärten wird zu viel herumkuriert und dadurch die natürliche Regenerationskraft der Pflanzen geschädigt. Wo viel Spannerraupe auf Stachel- und Johannisbeeren sitzen, da können sie die Sträucher in einigen Tagen kahl fressen, hier hilft Bestäuben mit Kalkstaub.

Bevor die Erdbeernte beginnt, belege man die Erde zwischen den Pflanzen dicht und dick mit feuchtem Torfmull. Dadurch bleiben die Früchte sauber und die Büsche haben gleichmäßige Feuchtigkeit. Man gieße die Erdbeeren abends und ernte sie möglichst vor 7 Uhr früh. Ebenso nötig wie die Erdbeeren brauchen auch die Himbeeren Wasser, auch für Düngesalzgüsse sind sie dankbar. Wenn die Blütenknospen (Gescheine) der Weinreben erscheinen, etwa um den 20. Juni, dann verkürzt man die Triebe über dem dritten Blatt der obersten Blütentraube. Die Zweige der Weinreben werden an das Spalier geheftet. — Im Gemüsegarten werden schon Beete frei. Auf diesen kann man noch eine zweite Ernte erzielen, wenn man sie sofort mit verrottetem Dünger oder Kompost beschickt, umgräbt und mit frühen Buschbohnen, Erbsen, Karotten, Salat, Kohlrabi usw. besät. Aber man verlange Samen von frühen Sorten und wechsle die Frucht. Alle Gemüsheete werden regelmäßig behackt und gejätet. Soweit es möglich ist, häufele man die Pflanzen auch leicht an. Tomaten sind zu beschneiden. Alle Gemüsepflanzen brauchen viel Wasser und verwerten sehr gut öftere, aber kleine Gaben von Harnstoff-Kali-Phosphor in Wasser gelöst. Lediglich Hülsenfrüchte und Karotten werden nicht besonders gedüngt. Gegen Ende Juni breche man keine Rhabarberstiele mehr; was die Pflanze jetzt noch produziert, lasse man ihr zu ihrem Aufbau und dazu gebe man ihr einige Dünggüsse. Vom Spargel nehmen wir bis zum 12. Juni alle Pfeifen, dicke und dünne. Von diesem Tage an schonen wir die schwachen Pflanzen, und am 24. hören wir mit dem Stechen ganz auf, es sei denn, wir haben sehr starktriebige Pflanzen. Von solchen kann bis Ende des Monats geerntet werden. Dann düngen wir sofort mit fünf Kilogramm Kuhmist je Quadratmeter und graben ihn flach ein. Auf das gegrabene Land streuen wir noch 60 Gramm Nitrophoska je Quadratmeter und harken ihn unter. Ende September geben wir nochmal solches Quantum des Nährsalzes. D. Schroeter i. B. U.

## Kleingarten und Obstkultur

Es ist etwas Grunderschiedenes, vom „Obstbau“ und „Obstkultur“ zu sprechen. Der Kleingärtner mit seinen wenigen Quadratmetern Bodenfläche kann im Sinne „Obstbau“ wenig leisten, denn die Baumform zur Erzielung größerer Mengen Obstes ist der Hochstamm, und ein Hochstamm fordert hundert Quadratmeter Raum zur vollen Entwicklung. Je weniger Raum zur Verfügung steht, um so haushälterischer muß damit umgegangen, um so intensiver muß er genützt werden und um so bessere Kulturen sind anzuwenden. Infolgedessen können wir uns im Kleingarten nicht mit Obstbau, sondern müssen uns mit Obstkulturen befassen.

Seitdem die Formobstzucht auch in Deutschland einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, ist diese so recht Gemeingut des kleinen Mannes geworden. Lust und Liebe zur Sache hat in ungezählten Beispielen das Beste geleistet.

Welches sind nun die wichtigsten Punkte, die der Kleingärtner, will er sich mit Obstkultur befassen, zu beachten hat? Zunächst ist es die Baumform, die für ihn in Frage steht. Er darf nur solche Formen wählen, die seinem Besitztum entsprechen. Kleiner Raum bietet nur kleinen Formen Platz. Hoch- und Halbstamm schaltet demnach von vornherein aus. Buschbäume und Pyramiden sind geeignet, müssen aber auf Zwergunterlage stehen und dürfen nur in solchen Sorten gewählt werden, die bei schwachem Wuchs, früher Tragbarkeit, geringer Schädlinganfälligkeit und vor allem Bodenständigkeit die Pflanzung lohnen, und zwar so lohnen, wie es keiner anderen Kulturpflanze möglich ist. Werden diese Formen ins Gemüseland oder auch in Erdbeerbeete gepflanzt, erleiden die Unter-kulturen in den ersten Jahren nach der Baumpflanzung nicht die geringste Einbuße. Später dann, wenn die Bäume größer werden, kann allerdings unter ihnen nichts mehr gedeihen, dafür aber werden dann die Baumerträge einsehen und Zins und Arbeit lohnen.

Die beste Baumform ist und bleibt für den Kleingarten der senkrechte Kordon. Bei der fast einheitlichen Einteilung des Kleingartens läßt sich diese Form überallhin pflanzen. Sei es in die Blumenrabatte zu beiden Seiten des Weges, sei es als Einfassung oder Begrenzung des Spielplatzes, sei es auch als Grenzbe-pflanzung am Nachbargarten oder sei es gar als Quartierpflanzung. Mit

senkrechten Kordons lassen sich Spaliere herstellen, lassen sich Laubgänge bilden. Sie sind das idealste, was man sich denken kann, denn sie vereinigen Nützlichkeit und Schönheit aufs beste, und was auch noch wichtig ist, sie verlangen in ihrer Pflege, vor allem im Schnitt, die wenigste Sachkenntnis. Es sind der Vorzüge so viele, daß jede andere Form ausgeschaltet werden könnte, oder richtiger gesagt, ausgeschaltet werden müßte. Dazu ist die Tragbarkeit, wenn auf Zwergunterlage stehend, sehr gut und die Ausbildung der Früchte hervorragend.

Allerdings kommt für die Form des senkrechten Kordons nur Apfel oder Birne in Frage. Diese beiden Obstarten lassen sich die Kurzhaltung des Fruchtholzes gefallen, während Pflaume, Kirsche und Pfirsich, weil am einjährigen Holz blühend, den stärkeren Rückschnitt weniger vertragen und besser als Busch gepflanzt und gehalten werden.

Wenn gesagt wurde, daß der senkrechte Kordon für den Schnitt die wenigste Sachkenntnis verlangt, ist das wohl richtig, doch ganz ohne Verständnis darf auch dieser nicht behandelt werden. Das wichtigste an ihm ist der Sommerschnitt, also das Zurücknehmen des treibenden Holzes. Von Schnitt kann kaum gesprochen werden, denn es werden ja nur die Spitzen des jungen Triebes entfernt und das kann mit dem Fingernagel geschehen. Der Sachmann sagt, die Triebe werden „pinziert“. Diese Arbeit beginnt schon Anfang Juni und geschieht je nach Bedarf. Alle 8 bis 14 Tage geht man die Bäumchen durch und nimmt die Triebspitzen weg. Der Mitteltrieb allerdings bleibt unberührt, er soll wachsen und den Saftstrom regulieren. Dieser wird dann im Winter zurückgeschnitten und zwar so, daß sich an ihm weiteres Fruchtholz entwickelt, so daß das ganze Stämmchen schön garniert ist. Durch das Pinzieren erreicht man den gewünschten Blütenansatz meist so, daß die Bäumchen alljährlich tragen, vorausgesetzt, daß man in einem Jahr nicht übermäßig viel Früchte daran läßt, deren Ernährung das Bäumchen nicht bewältigen kann, dann ermattet und so der Blütenansatz für nächstes Jahr unmöglich wird.

„Niemals zu tief pflanzen.“ Die Veredelungsstelle muß unter allen Umständen über dem Boden stehen. Die dichteste Pflanz-



zung läßt das Spalier zu. Keinesfalls aber pflanze man hier unter 60 Zentimeter Abstand. Gewiß wohl werden die Aeste für Spalierbäume auf 40 Zentimeter Abstand angelegt, und das ist richtig. Hier ist es möglich, das Fruchtholz dem Abstand entsprechend kurz zu halten, denn der Baum hat ja mehrere Aeste zu ernähren und wird zufolge dessen nicht den starken Trieb zeigen. Der senkrechte Kordon aber, mit seinem nur einzigen Mitteltrieb läßt sich ungenügend gefallen, das Fruchtholz auf höchstens 20 Zentimeter kurz zu halten, wie es bei einer 40 Zentimeter weiten Pflanzentfernung geschehen müßte. Man hat bei 60 Zentimeter Pflanzentfernung schon genügend aufzupassen, das Fruchtholz nach jeder Seite auf 30 Zentimeter heranzuhalten, wie es die Pflanzweite erfordert.

Es wurde schon gesagt, daß in den Kleingärten nur die früh- und reichtragendsten Sorten gehören. Als Apfelsorten seien deshalb

genannt: Weißer Klarapfel, Cellini, Hagedorn, Manks Coblin, Lanes Prinz Albert, Zuccalmaglio, Charlamowski. Für den Feinschmecker noch Cages Orangereinette. Als Birnensorten kommen Williams Christ, Gute Luise, Birne von Tongre, Amalis Butterbirne, Le Lectier, Gräfin von Paris in Frage. Mit diesem Sortiment ist allen Wünschen gedient.

Wer einigermaßen Sinn für Obstpflanzung im Kleingarten besitzt, kann nichts Besseres tun, als senkrechte Kordons zu pflanzen. Nicht nur, daß diese sehr viel zur Gartenschönheit beitragen, in der Blüte sowohl wie im Fruchtbehang, sondern sie bringen auch die höchsten Werte durch die Frucht. Sie lassen ferner auch eine ununterbrochene Betätigung zu und bieten des Interessanten reichlich viel. Wer sie hat, ist damit zufrieden und freut sich der Obstkultur im Kleingarten.

## Der unkrautfreie Garten

Das meiste Unkraut wird durch den Kompost in den Garten ausgesät. Der Unkrautsame hat eine langjährige Keimfähigkeit. Alle Samenkörner, die der Wind auf den Komposthaufen trägt, kommen beim Umarbeiten desselben auf den Grund. Dort können sie viele Jahre lang schlafen. Natürlich bleiben sie auch auf dem Grunde der Beete lange keimfähig. Kommen sie nach Jahren durch das Umgraben wieder ans Licht, so keimen sie und verunstalten unseren Garten. Ein zweites Unkrautherd sind die Wege. Auf den trockenen Wegen fehlt es den Unkräutern an Feuchtigkeit, weswegen sie schon als unauffällige Pflänzchen Samen tragen, deren Ausfaat der Wind, unsere Stiefel usw. übernehmen. Die größten Niststätten für das Unkraut sind jedoch die Gartenwinkel, wo die Stangen und die Geräte lagern, außerdem die Hecken und die Gartenränder. Da diese Stellen eigentlich nicht zum Garten gerechnet werden, kann dort wachsen, was wachsen will. Dort reift der Same, der dann aus den Ecken wie aus Pandorabüchsen über den Garten verstreut wird. Besonders finden wir als Unkräuter den Wegerich, die Sternmiere, den Löwenzahn, die Winde, außerdem Quecken, Disteln und Schellkraut, dessen fleischige Samen besonders von den Ameisen vertragen werden.

Wie beugen wir der Verunkrautung unseres Gartens vor? Da sehr viel Unkraut durch den Kompost und den Dünger in den Garten kommt, müssen wir auf unkrautfreien Kompost sehen. Unkrautfrei wird der Kompost, wenn er möglichst oft umgestochen und danach angegossen wird. Das Unkraut keimt, wächst und wird beim erneuten Umsetzen des Hausens vernichtet. Ferner sollte der Hausen gut mit ungelöschtem Staubkalk durchsetzt werden, da dieser durch seine ätzende Wirkung die keimenden Unkrautkörner zerstört. Das beste Mittel aber ist, Hühner auf dem Komposthaufen zu halten, die den Kompost ständig umarbeiten und jedes Körnchen suchen. Der Raum, wo der Kompost breitliegt, darf dann aber nicht zu klein sein. Er muß wenigstens acht Meter im Geviert betragen und mit einem zwei Meter hohen Drahtzaun umgeben werden. Das Vertilgen des Unkrauts und der Würmer durch die Hühner bringt uns daneben noch einen guten Eierertrag ein. Eine solche „Lebensgemeinschaft“ sollte jeder Gartenbesitzer gründen. Schließlich ist es selbstverständlich, daß alles auf dem Komposthaufen gedeihende Unkraut spätestens vor der Blüte entfernt wird. Verunkrautete Wege lassen sich in jedem Garten durch ein einfaches Mittel verhindern. Da die Steinkohlenschacke nur durchgesteht im Garten verwendbar ist, bleiben viele Schlacken als Restbestände ungenützt liegen. Diese Schlacken werden in genügend starker Schicht auf die Wege gebracht und festgestampft. Die Wege werden dadurch nicht nur trocken und fest, sondern auch unkrautfrei. Der Abfall aus Glasfabriken läßt sich jedoch ohne Schaden für die an den Wegen entlang laufenden Gartenkulturen nicht ohne weiteres benutzen. Wenn wir im Garten viele Wege in Ordnung halten müssen, so kommen uns die Schlacken sehr zustatten. Selbstverständlich ist es, daß Gartenwinkel, Hecken, Mauerecken, der Raum unter den Sitzgelegenheiten bei der Bekämpfung nicht übersehen werden dürfen. Gerade diese verborgenen Winkel müssen peinlich sauber gehalten werden, wenn wir das Unkraut mit Erfolg bekämpfen wollen. Der Gartenwinkel, in dem die Geräte abgelegt werden, sollte überhaupt entweder Plattwerk erhalten oder mit festgestampften Schlacken, die mit Kies oder Sand abgedeckt werden, besetzt werden. Dasselbe gilt von dem Raum unter den Sitzgelegenheiten, und die Hecken sind das Eldorado für Quecken. Heraus mit den Quecken, und zwar peinlich sorgfältig! Alle Winkel, Hecken, Ränder müssen peinlich sauber von Unkraut gehalten werden.

Wann und wie entfernen wir das Unkraut durch Jäten? Gejätet muß im Garten immer werden. An dem Jäten sollen sich alle Familienmitglieder beteiligen, da es für jeden eine Ehren-

pflicht ist, den Garten sauber zu halten. Eine große Anzahl von Unkräutern ist einjährig. Diese dürfen nicht zur Blüte kommen, sondern müssen vor der Blüte ausgejätet oder ausgehackt werden. Die ausdauernden Unkräuter, wie Quecken, Disteln, Scheuerkraut usw. müssen mit dem Wurzelsack entfernt werden. Gelingt dies nicht, so werden immer wieder die oberirdischen Teile dieser Pflanzen abgerissen, wodurch sie allmählich verschwinden. Ist es gelungen, den Garten unkrautrein zu machen, so ist es nicht schwer, ihn unkrautrein zu erhalten. Wenn nämlich die Kulturpflanzen im Garten größer geworden sind, dann unterdrücken sie durch ihre größeren Blätter selbst das Unkraut, da ja auch das Unkraut zum Wachstum Licht, Luft und Wärme braucht, also im Schatten nicht gedeihen kann. In verunkrauteten Gärten machen anfangs die Wege mehr Arbeit als der ganze Garten. Ist aber erst einmal die Beseitigung des Unkrautes erreicht und sind alle Wege mit Steinkohlenschlacken abgedeckt, so fällt es leicht, den Garten in reinem Zustande zu erhalten.

Bei Neuanlage von Gärten beuge man dem Entstehen von Unkraut vor. Es empfiehlt sich, das Stück, das wir zur Anlage des Gartens bestimmt haben, vor dem Rigolen mit Klee zu besäen. Der dichtstehende Klee unterdrückt alles Unkraut. Das Untergraben des Klees ist zudem dann auch noch eine vorzügliche Grününgung, die unseren Garten in „Zug“ bringt. Ist das als Garten einzurichtende Land stark verqueckt oder sind im Garten stark verqueckte Quartiere, dann sollten diese mit Unterkohlrabi bepflanzt werden. Der Volksglaube behauptet, daß der Kohlrabi die Quecken „frisst“. Auf jeden Fall wird jeder die Beobachtung machen können, daß verqueckte Beete durch die Bepflanzung mit Unterkohlrabi rein werden. Vielleicht liegt das in einer Pflanzeneindschaft begründet. E. Rau i. B. T.

## Spargel

„Eine Hebliche Speis“ für Leckermäuler — so hat der älteste der deutschen Pflanzenväter, der Geistliche Hieronymus Bock, in seinem 1539 erschienenen „Neuen Kräuterbuch“, das eine Fülle von unbekanntem Gewächsen erschloß, den Spargel genannt, und dieses Wort findet noch heute Widerhall in den Herzen aller derer, die eine feine Zunge haben; denn wir alle haben uns heute an dieses „Leckerbissen“ gewöhnt, von dem Bock noch berichtet, es sei eben erst von den Welschen und den Spaniern zu uns gekommen.

Doch wenn auch der Genuß des Spargels bei uns noch verhältnismäßig jung ist, so blickt diese Gemüsepflanze doch auf ein Jahrtausende währendes Alter zurück. Die alten Ägypter kannten bereits die Kunst, diese wildwachsenden Stengel in den Gärten zu veredeln und die jungen saftigen Sprossen, die auch Pfeifen genannt werden, möglichst lang und fleischig zu erhalten. Unter den Opfern, die in einem der ältesten Bauwerke des Nillandes, in der Stufenpyramide von Sakara, abgebildet sind, werden in einem Stillleben auf einem Tisch neben Feigen, Kürbissen und Melonen auch schon zusammengewundene dicke Spargel dargestellt, um dem Verstorbeneu, der gewiß im Leben ein großer Spargelfreund gewesen war, dies Lieblingsgericht auch im Tode darzubieten. Der Name Spargel, der aus dem griechischen Asparagus stammt, bedeutet eigentlich soviel wie der nicht Gejätete, weil man ihn schon bei den Hellenen durch Stecklinge fortpflanzte. Der Spargel, der im alten Griechenland auch als Heil- und Zaubermittel benutzt wurde, kam mit den griechischen Ansiedlern nach Unteritalien und von dort zu den Römern. Der ältere Cato behandelt in seiner Schrift über den Landbau, die etwa um 180 v. Chr. erschien, die Zucht des Spargels noch als etwas Neues, während ein Jahrhundert später Plinius und Columella das Sammeln des

wildwachsenden Spargels empfehlen, da er als Arznei wirksamer wird. Plinius spricht auch davon, daß der Spargel jetzt künstlich „gemästet“ werde, und zwar sei der in Ravenna gezogene so dick, daß drei Stück zusammen ein Pfund wiegen. Daß die Römer der Kaiserzeit den leckeren Spargel auf ihrer Tafel nicht fehlen ließen, zeigen u. a. die Wandgemälde von Pompeji, auf denen die prächtigsten Spargelstangen höchst naturgetreu abgebildet sind.

Die Verebelung des Spargels diente sogar zu einem sittlichen Symbol, wenn wir aus dem Altertum hören, daß Neuvermählte sich mit Kränzen aus Spargelkraut schmückten, um anzudeuten, daß, so wie der wilde Spargel durch die Kultur verfeinert wurde, auch Ehe und Familie die Sitten der Völker vereble. Der Anbau des Spargels bedarf sorgfamer Pflege und reicher Düngung, und so ließ man sich in Deutschland auf diese anspruchsvolle Zucht erst verhältnismäßig spät ein. Die ersten Anweisungen zur Kultur des Spargels gab unter Hinweis auf den alten Cato der pfälzische Leibarzt Tabernaemontanus. Um diese Zeit wurden die ersten Spargelbeete im Stuttgarter Lustgarten angelegt, und bald wird berichtet, der Spargel werde im „Rheingau bei Wepphagen auf den feuchten Wiesen so überflüssig gezogen, daß man ihn zur Speis genugsam bekommen könnte“. Im 17. Jahrhundert drang der Spargel auch in Norddeutschland mehr und mehr in die feine Küche ein. Besonders Leipzig war ein wichtiger Ort der Spargelzucht, und die Kaufleute, die zur Sommermesse nach Leipzig kamen, nannten sie nach dem größten Genuß, der hier ihrer harrte, die „Spargelmesse“. Während der Spargel als Heilpflanze immer mehr zurücktrat, wurde er als feines Gemüse immer mehr geschätzt, und zur Zeit Friedrichs II. gab es auch schon in Berlin große Spargelkulturen, die sich freilich mit den heutigen Plantagen noch nicht messen konnten. Die Feinschmecker verpönten die Zubereitung als Salat und verlangten den Spargel so zubereitet, wie ihn schon John Gray im 17. Jahrhundert seinen Landsleuten empfohlen hatte: „Die Sprossen des Spargels, leicht gekocht und mit Butter angerichtet, empfehlen sich dem Gaumen durch den köstlichen Geschmack.“ Die ganz reichen Leute essen bekanntlich nur die Spargelköpfe, und zwar bevorzugt man in Frankreich, Italien und auch in Süddeutschland die Köpfe, die schon von der Sonne grün oder violett gefärbt sind und durch die größere Menge von Asparagin, die sich in ihnen angesammelt hat, einen etwas herberen Geschmack besitzen.

## Stallmist contra Kunstdünger

Läßt sich Stallmist durch Kunstdünger ersetzen? Diese Frage muß, wenn sie in unserer heutigen stalldüngearmen Zeit hundertmal gestellt wird, hundertmal entschieden verneint werden. Das wird einem jeden klar werden, der die Wirkungen und Funktionen des Stallmistes kennt. Sie seien hier kurz wiedergegeben.

Der Mist ist kein reiner Stickstoffdünger, wie manche wohl glauben. Im Durchschnitt enthalten 100 Doppelzentner Pferde dung 54 Kilogramm Stickstoff, 27 Kilogramm Phosphorsäure und 70 Kilogramm Kalium; es ist also ungefähr ein Verhältnis 2 : 1 : 3. Dieses Verhältnis stellt einen Voll dünger dar, und wenn unsere Pflanzen gesund wachsen und bleiben sollen, müssen wir den Dünger in diesem Verhältnis geben. Ausgenommen ist dies dabei natürlich in besonderen Fällen, z. B. bei Kalifressern: Kartoffel, Zuckerrübe, Tomate, oder Kalkfliehern, oder wenn Blütenansatz erstrebt wird. In letzterem Falle werden wir natürlich den Phosphorsäureanteil vergrößern müssen. Obiges Verhältnis zeigt uns auch, in welcher Menge die Nährstoffe dem Boden entzogen werden, und daß sie ihm in entsprechendem Maße wieder zugeführt werden müssen.

Der Stallmist enthält, je nach seiner Zusammensetzung und Aufbewahrung etwas schwankend, alle erforderlichen Nährstoffe, er ist also der naturgemäße Voll dünger bester Art. Schon allein dieser Umstand macht einen Vergleich mit einem beliebigen Kunstdünger unmöglich. Wohl kann man dieses Nährstoffverhältnis als Voll dünger durch entsprechende Zusammensetzung einzelner Nährsalze geben. Aber aus einem anderen, für uns so unendlich wichtigen Grunde, ist der Stallmist nie durch Kunstdünger zu ersetzen, nämlich durch seinen Humus- und Bakteriengehalt.

Der Stallmist ist bekanntlich eine sich zersetzende Masse. Diese Zersetzung aber besorgen Millionen und Milliarden von Bakterien. Indem wir nun den Mist ins Land bringen, bringen wir auch die Bakterien mit hinein. Die Zersetzung geht weiter und greift auf andere Bodenteile über. Es wird nicht nur der Mist zu bodenlockerndem und anreicherndem Humus, nein, auch die Gesteins- und Mineralteilchen, organische Reste im Boden werden angegriffen, umgewandelt und ihr Gehalt an Nährstoffen der dank-

baren Pflanzenwurzel zugänglich gemacht. Mit einem Worte, durch Stallmistgabe befördern wir die Bodengare, wir schaffen uns einen lockeren, tätigen, stets im gleichen guten Kulturzustand befindlichen Boden.

Ein anderer Vorteil ist die lange Wirksamkeit des Stallmistes, die man auf drei Jahre annehmen kann. Es wirken — im normalen Boden — im ersten Jahre  $\frac{1}{2}$ , im zweiten Jahre  $\frac{1}{3}$  und im dritten Jahre der Rest der Nährstoffe, wonach man sich ja bei dem Wechsel der Kulturen längst richtet, im 1. Jahr stark zehrende Gemüse (Krautgemüse), im 2. Jahr Wurzelgemüse und im 3. Jahr Stickstoffsammler, Leguminosen oder Hülsenfrüchte anbaut.

Die Kunstdünger hingegen haben ihren unbezahlbaren Vorteil darin, daß man genau weiß, was darin enthalten ist, wieviel man davon gibt, ihr Nährstoffgehalt ist garantiert. Man kann sie zu meist jederzeit geben, z. T. flüssig, z. T. als Kopfdünger. Sie wirken größtenteils in kürzester Zeit, da sie manchmal gar keine Umwandlung erst zu erfahren brauchen, z. B. Salpeter. Nach Vorstehendem ist also durch Kunstdünger der Mist nicht zu ersetzen. Ersatz ist jedoch teilweise möglich und zwar durch Gründüngung, und das ist in unserer Zeit, in der Pferde und damit Stallung immer knapper werden, sehr zu begrüßen. Ein neues, noch wenig erforschtes Kapitel ist jedoch die Grünmistgewinnung, bei der grüne Abfälle aller Art mit Mist oder Fäkalien gemischt und bei geeigneter Lagerung vergoren werden. Die Hauptsache dabei ist, wenn man diesen an sich vielleicht nicht gar zu nährstoffreichen Dünger im Verein mit Nährsalzen unterbringt, die Humus- und Bakterienanreicherung des Bodens. Hierin ist der Weg gezeigt, auf dem fortschreitend die Mistknappheit zum Besten unseres Kulturbodens bekämpft werden kann. W. F a b e l, Pflanzh.

## Ab schneiden der Blumen für den Zimmerschmuck

Auch wenn ein Hausgarten Tag für Tag den Anblick von Blumen im Freien gestattet, der pflegt doch in den meisten Fällen vom goldenen Ueberfluß auch seine Wohnräume zu schmücken. So sind vielleicht auch an dieser Stelle ein paar Worte über die Behandlung der Schnittblumen angebracht. Gleichs eingangs sei eines so oft begangenen Fehlers Erwähnung getan: die Blumen kommen oft erst lange nach dem Schneiden ins Wasser. Damit sie nicht welken und uns recht lange erfreuen, sollen sie aber sofort mit den noch saftigen Schnittwunden ins Wasser. Dadurch verhütet man ein Verdunsten von Wasser, ein Vernarben der Wunde, was die Wasseraufnahme im Glas (Vase, Copf) sehr erschwert, und gestattet den Saftbahnen sofort die Aufnahme von Feuchtigkeit. Manche Blumen erholen sich zwar im kalten Wasser, doch baue man nicht darauf. Jedem Blumenfreund tut es in der Seele weh, sieht er die Kinder Floras nutzlos hinwelken. Daß man Blumen nie abreißen, sondern mit Schere oder Messer vorsichtig abschneiden soll, dürfte man eigentlich nicht erst sagen, das landläufige Handhaben belehrt einen leider des Gegenteils, besonders wenn es sich um holzartige Gewächse handelt. Da werden oft ganze Zweige abgerissen; aber auch da, wo man sich mit der passenden Länge begnügt, sieht die zackige Bruchstelle, die herumhängende Rinde wenig hübsch aus, ganz abgesehen vom Schaden, den das Gehölz erleidet. Dabei hat man für seine Zwecke oft gar keinen Nutzen. Beim Flieder z. B. ist es besonders üblisch, recht große Zweige mit vielen Blättern zu nehmen. Gewiß sieht es schön aus, aber die vielen großen Blätter verdunsten ungeheure Wassermengen und lassen den Flieder leicht verwelken. Daher entferne man zwei Drittel des Laubes gleich nach dem Abschneiden; gleiches gilt von Georginen, Sommerrosen.

Auch der Zeitpunkt, zu welchem man Blüten für den Zimmerschmuck schneidet, muß hinsichtlich des Blühstadiums beachtet werden. In voller Blüte (eben voll erblüht) schneidet man Veilchen, Himmelschlüssel, Primeln, Aurikeln, Maiglöckchen, Schneeglöckchen, Narzissen, Flieder, Nelken, Georginen, Sommerrosen, Astern, Reseda, Goldlack, Lenkolen, Glockenblumen, Erika, Malven, Doronikum, Fingerhut, Harpalium, Lupinen, Mohn, Phlox, Pyrethrum, Goldball, Spiräen, Deutzien, Chrysanthemum und andere. Es ist aber bei den meisten der genannten genau die Zeit abzapfen, wo die Knospe sich eben zur vollen Blüte erschließt. In der Knospe schneidet man Rosen, Hyazinthen, Tulpen, Schwertlilien, Lilien, Gladiolen, Pfingstrosen, Wasserrosen, Anemonen, Schneeball, Äpfel, Birnen, Kirschen, Schwarzbirn, Forsythien usw. Letzgenannte müssen kräftiges, nicht zu kurzes Holz haben und recht tief im Wasser stehen. Verzögert sich das Entfalten, so hilft Besprengen mit lauem Wasser in warmem Zimmer. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß man Blumen nie bei praller Sonne schneiden soll.



## Warum dürfen die Wasserbauarbeiter am 18. Juni nur freigewerkschaftliche Betriebsvertretungen wählen?

Alle großen Fragen, die für die Kollegenschaft von Bedeutung sind, sind von freigewerkschaftlichen Betriebsvertretungen angeregt und auch durchgekämpft worden. Sehr oft mußte dieser Kampf nach zwei Seiten geführt werden: gegen die Verwaltung und gegen die Deutsche Wasserstraßen-Gewerkschaft. Bei jeder Gelegenheit sah die letztere zur Freude der Verwaltung ihre Tätigkeit darin, den freigewerkschaftlichen Betriebsvertretungen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Wie sieht nun die Tätigkeit der Betriebsvertretungsmitglieder, die von der Deutschen Wasserstraßen-Gewerkschaft zur Wahl vorgeschlagen werden, in der Vergangenheit aus?

Im vorigen Jahr wurde bei der Betriebsrätewahl im Bezirk der Wasserbaudirektion Münster, weil die Kollegen vom Schleppmonopol wegen zugemuteter Streikarbeit die Arbeit niederlegten bzw. ausgesperrt waren, von der Deutschen Wasserstraßen-Gewerkschaft ein „Sieg“ errungen. Die Folge dieses „Sieg“ war, daß der Vorsitz im Betriebsrat einem Mitgliede der Deutschen Wasserstraßen-Gewerkschaft zufiel. Mit großem Geschrei wurde dieser Erfolg von „Strom und Schleuse“ verkündet und zu gleicher Zeit in Aussicht gestellt, daß in Zukunft mehr als bisher geleistet werden sollte. Tatsächlich ist nichts geschehen.

Eine Hochburg für die Deutsche Wasserstraßen-Gewerkschaft, hoffentlich das letzte Mal, ist der Betriebsrat bei der Rheinstrombauverwaltung in Koblenz. Die im Bezirk der Rheinstrombauverwaltung bisher im Arbeiterverhältnis beschäftigten Wahrschauer sind vor einiger Zeit gegen ihren Willen ins Angestelltenverhältnis gekommen. Dies hatte zur Folge, daß eine Unterstellung unter den Angestellten-Tarifvertrag — Befolungsgruppe III — stattfand. Gegen diese äußerst niedrige Eingruppierung erhoben die Wahrschauer Einspruch. Anstatt daß sich nun der Betriebsratsvorsitzende Schultes, wie es für eine gewissenhafte Betriebsvertretung Pflicht gewesen wäre, dem Einspruch anschließt, trat er der Ansicht der Wasserbauämter und der Rheinstrombauverwaltung bei, so daß damit der Einspruch der Wahrschauer abgelehnt wurde.

Um dieses Verhalten richtig zu verstehen, muß bemerkt werden, daß die Wahrschauer im Arbeitsverhältnis zirka 50 Proz. mehr Einkommen gehabt haben, als jetzt als Angestellte.

Was ist nun im letzten Jahr von den freigewerkschaftlichen Betriebsvertretungen gegenüber der Verwaltung zugunsten der Kollegenschaft angeregt und erreicht worden?

Die bisherige Zersplitterung der Verwaltung in den Fragen der Unfallverhütung, der Kranken-, Invaliden-, Zusatzversicherung und des Unterstützungswezens, wie überhaupt die gesamte soziale Fürsorge bedarf zum Zwecke der einheitlichen Zusammenfassung der vollständigen Umstellung der Verwaltung. Es ist deshalb im Reichsverkehrsministerium beantragt worden, diese Aufgaben zusammenzufassen. Die einheitliche Versicherung aller Wasserstraßenarbeiter in der Reichsbahn-Arbeiterpensionskasse I Abt. A und B steht kurz vor dem Abschluß. Damit nun die alten Kollegen oder ihre Hinterbliebenen, die nicht in der Abt. B zusatzversichert waren, beim Ausscheiden aus der Verwaltung auch eine Zusatzrente erhalten, ist ein diesbezüglicher Antrag an das Reichsverkehrs-

ministerium gestellt und von diesem auch zugestimmt worden. Es erhalten jetzt alle arbeitsunfähigen Kollegen nach einer zehnjährigen Beschäftigungszeit oder fünfjährigen Mitgliedschaft in der Abteilung B eine Zusatzrente.

Um das Notfallunterstützungswezen wirkungsvoller auszugestalten, ist ebenfalls beantragt, den zuständigen Fonds im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums von 165 000 auf 330 000 RM. zu erhöhen.

Bei der jeweiligen Wiederaufnahme der Arbeit im Frühjahr hatten die Kollegen Unterhaltungs- und Außenarbeiter darunter zu leiden, daß die Wiedereinstellung ohne Beachtung der wirtschaftlichen Stärke des Einzustellenden erfolgte. Oft war hierbei die politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit und nicht zuletzt das Verwandtschaftsverhältnis ausschlaggebend. Auch hier wurde beantragt, damit eine gerechte Wiedereinstellung im Frühjahr erfolgt, daß die Mittelbehörde mit den zuständigen Bezirksbetriebsräten diesbezügliche Richtlinien vereinbaren sollen.

Um die Kollegen vor vorzeitigem Aussetzen zu bewahren, ist in vielen Fällen erreicht worden, daß von den Ministerien weitere Geldmittel zur Fortführung der Arbeiten bewilligt wurden. In besonderem Maße ist das für den Bezirk der Oberstrombauverwaltung in Breslau erfolgt.

Die fortgesetzten Versuche, immer mehr Arbeiten an Privatunternehmer zu vergeben, konnten mit Erfolg abgewehrt werden.

Zur Behebung der Wohnungsnot ist bisher von der Verwaltung nicht viel getan worden. Auch hier wurde beantragt, daß die Landesfinanzämter mehr Arbeitgeberzuschuß zum Bau von Wohnungen bereitstellen, als es leider bis jetzt der Fall war.

Wir glauben, mit vorstehendem bewiesen zu haben, daß am 18. Juni nur die Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsvertretungen in Frage kommen kann. Am 18. Juni gilt es nicht nur die freigewerkschaftlichen Listen zu wählen, sondern es liegt im eigenen Interesse eines jeden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiters und Angestellten, dafür zu sorgen, daß der letzte Arbeiter und Angestellte den freigewerkschaftlichen Organisationen als Mitglied zugeführt wird. Jeder Wasserbauarbeiter und -angestellte, der am 18. Juni der freigewerkschaftlichen Liste seine Stimme gibt, kämpft damit

für die Stärkung des Einflusses der Betriebsräte, für gleiches Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung, für eine grundlegende Verwaltungsreform, für Beseitigung der reaktionären Bürokraten, für Hebung der Wirtschaftlichkeit der Staatsbetriebe, für Ausführung aller Arbeiten in eigener Regie, für Ausbau der sozialen Fürsorge, gegen die Machtentfaltung der Reaktion.

Nun, Kollegen, an die Arbeit, denn Wahlrecht ist Wahlpflicht! Kein Wasserbauarbeiter darf sich der Stimme enthalten. Geschlossenheit ist der Sieg! Jeder preussische Wasserbauarbeiter muß am 18. Juni wählen Liste I A. — Jeder preussische Angestellte muß stimmen für Liste I B. — Jeder im Bereich des Reichsverkehrsministeriums beschäftigte Arbeiter stimmt für Liste I und jeder im Bereich des Reichsverkehrsministeriums beschäftigte Angestellte für Liste II.

Die Wahl muß einen überwältigenden Sieg den freien Gewerkschaften bringen.

## Gesetz über Unfallverhütung in der Unfallversicherung

### I.

In der Begründung zu dem Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes wird eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung angekündigt. Ein Referentenentwurf hierzu liegt jetzt vor. Das neue Gesetz stellt eine Ergänzung zum Arbeitsschutzgesetz dar. Nach der kurzen Begründung, die dem Entwurf beigegeben ist, soll die berufsgenossenschaftliche Betriebsaufsicht — an der der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes nichts ändern will — damit neu geordnet werden. Man hofft auch eine engere Zusammenarbeit zwischen staatlicher und berufsgenossenschaftlicher Unfallverhütung so zu erreichen. Weiter soll den Versicherten ein stärkerer Einfluß bei den Berufsgenossenschaften, namentlich bei der Schaffung von Unfallverhütungsvorschriften, eingeräumt werden. Schließlich sieht der Entwurf auch bei den Trägern der Eigenunfallversicherung (Ausführungsbehörden) Vorschriften über Betriebsrevisionen und Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften unter einer entsprechenden Mitwirkung der dort Versicherten vor.

Der Entwurf bleibt ebenso wie der des Arbeitsschutzgesetzes in Halbheiten stecken. An dem Fortbestehen der besonderen Betriebsaufsicht durch die Berufsgenossenschaften mag auch dieser Entwurf nicht zu rütteln. Die durch das Nebeneinanderbestehen von staatlicher Arbeitsaufsicht und berufsgenossenschaftlicher Betriebsüberwachung entstehenden Reibungsflächen und sonstigen Nachteile dürften daher auch durch die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen nicht beseitigt werden. Die enge Zusammenarbeit der beiden Ueberwachungskörper soll erstmals durch Anpassung der Aufsichtsbezirke, der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften an die Bezirke der künftigen Arbeitsschutzämter angebahnt werden. Das Reichsversicherungsamt soll den Berufsgenossenschaften die entsprechenden Anordnungen hierzu erteilen. Von einem unmittelbaren Einfluß der künftigen Arbeitsschutzämter auf die berufsgenossenschaftliche Betriebsaufsicht sieht der Entwurf ab, so daß auch weiterhin ein Neben- und Gegeneinanderarbeiten nicht ausgeschlossen ist.

Den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften bringt der Entwurf eine Erweiterung ihrer Befugnisse. Sie sollen das Recht erhalten, die Betriebe während der Betriebszeit jederzeit, auch des Nachts, zu besichtigen. Auch außerhalb der Betriebszeit soll die Besichtigung zulässig sein, wenn Grund zur Annahme besteht, daß darin gearbeitet wird. Die Aufsichtsbeamten können verlangen, daß der verantwortliche Betriebsleiter oder sein Vertreter sie bei der Revision begleitet, ebenso sollen sie befugt sein, im Namen der Berufsgenossenschaften Anordnungen zu treffen. In Fällen unmittelbarer Gefahr können sie zur Durchführung ihrer Anordnungen die Hilfe der Ortspolizei in Anspruch nehmen. Künftig sollen auch die besonderen Sachverständigen in Wegfall kommen, durch die auf Grund des § 880 der RVO. der Unternehmer zurzeit noch eine Besichtigung seines Betriebes verlangen kann, wenn er durch die Revision des technischen Aufsichtsbeamten die Verletzung eines Betriebsgeheimnisses oder Schaden für seine geschäftliche Tätigkeit befürchtet.

Der Einfluß, der vom Reichsversicherungsamt auf Einstellung, Prüfung und Ausbildung der technischen Aufsichtsbeamten künftig ausgeübt werden soll, um eine bessere Betriebsüberwachung durchzusetzen, ist größtenteils schon jetzt in der RVO. verankert. Das Reichsversicherungsamt hat aber bisher gerade in dieser Hinsicht nicht genügend durchgegriffen, so daß auch künftig davon nicht viel zu erhoffen ist. Nach dem Entwurf kann das Reichsversicherungsamt verlangen, daß die Berufsgenossenschaft eine bestimmte Anzahl von Personen, die früher dem versicherten Betriebe als Arbeitnehmer angehört haben, im Aufsichtsdienst beschäftigt. Diese Kannvorschrift ist sinngemäß jetzt schon im § 875, Satz 2, enthalten. Jedoch haben die Berufsgenossenschaften bisher nie davon Gebrauch gemacht. Zu großen Hoffnungen, daß auf Grund der neuen Bestimmung eine größere Anzahl von Arbeitern als Aufsichtsbeamte bei den Berufsgenossenschaften eingestellt werden, besteht daher nach den Erfahrungen der Vergangenheit kein Anlaß. Interessant ist aber, daß nach dem Wortlaut des Entwurfs frühere Arbeitnehmer nur im Aufsichtsdienst

beschäftigt werden sollen, während die jetzt geltenden Bestimmungen (§ 875 RVO.) von der Anstellung von Personen aus dem Versicherungsfache als technische Aufsichtsbeamte sprechen. Anscheinend ist diese Unterscheidung gewählt worden, um den Widerstand der Berufsgenossenschaften bei der Einstellung von Arbeitern zu dem vorgenannten Zweck zu mildern. Das Resultat dürfte die Beschäftigung dieser Personen mit Arbeiten untergeordneter Art sein.

Einen kleinen Anstoß zur besseren Ueberwachung der Betriebe enthält der Entwurf bezüglich der öffentlichen Betriebe. Bei den Trägern der Eigenunfallversicherung (Ausführungsbehörde) läßt gegenwärtig die Betriebsaufsicht sehr zu wünschen übrig. Sie ist so gut wie gar nicht vorhanden. Künftig kann nach dem Entwurf die übergeordnete Behörde der Ausführungsbehörde bestimmen, ob mit der Ueberwachung der Betriebe staatliche Aufsichtsbeamte oder technische Aufsichtsbeamte einer Berufsgenossenschaft zu beauftragen sind. In öffentlichen Betrieben, die der Eigenunfallversicherung unterliegen, sind Revisionen genau so notwendig wie in Betrieben von Privatunternehmern. Die Unfallziffern der Ausführungsbehörden sind im Durchschnitt höher als bei den Berufsgenossenschaften. Der Entwurf enthält jedoch bezüglich der Ueberwachung der öffentlichen Betriebe nur eine Kannvorschrift. Wird diese nicht zur zwingenden Vorschrift umgestaltet, werden die dort bestehenden Zustände sich nicht bessern.

Die Stellung der Gewerkschaften zu der künftigen Gestaltung der Arbeitsaufsicht ist bekannt. Sie sind nach wie vor gegen das Fortbestehen einer besonderen berufsgenossenschaftlichen Betriebsaufsicht. Ihre Auffassung ändert sich nach Einblick in den Entwurf durchaus nicht. Berechtigten doch die in dem Entwurf in Aussicht genommenen Maßnahmen, soweit sie sich auf die Betriebsüberwachung beziehen, keineswegs zu der Hoffnung, daß auf diesem Gebiete künftig eine Wendung zum Besseren eintritt. Es verstärkt sich im Gegenteil der Eindruck, daß wir uns von der Vereinfachung der Arbeitsaufsicht damit eher entfernen. S a c h s.

## Reform der Lohnpolitik?

Die bisher innegehabte Linie der Lohnpolitik ging in der Hauptsache von zwei allgemeinen Grundsätzen aus: 1. Den Arbeitslohn so hoch zu halten, daß die Lebenshaltung des Arbeiters nicht allzu stark unter der Warenpreisanarchie leidet. 2. Der Arbeiterschaft bei gutem Geschäftsgang einen Anteil am Mehrverdienst des Unternehmers zuerkennen.

Diese beiden Grundsätze lassen sich aber in den Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht ohne weiteres aufrecht erhalten, zum mindesten muß auf die letztere eine bestimmte Rücksicht genommen werden. Wie man sich diese Rücksicht in manchen Kreisen ausmalt und wie man sie praktisch werden lassen möchte, soll hier im folgenden behandelt werden.

Die Wissenschaft hat es noch bis vor ganz kurzer Zeit abgelehnt, sich mit dem so wichtigen Problem der „Lohnpolitik“ zu befassen; wahrscheinlich, weil es nicht lohnend genug war. Sie hält jetzt aber auch den Zeitpunkt für gekommen, sich eingehender mit dieser „Frage“ zu beschäftigen. Neben manchem zu Papier gebrachten Gedanken, über den man diskutieren könnte, werden aber auch Thesen aufgestellt, gegen die nicht scharf genug Front gemacht werden kann.

So schreibt z. B. Karl Landauer im „Deutschen Volkswirt“ vom 24. Mai 1929 Nr. 34 einen Aufsatz, bezeichnet: „Der richtige Lohn“, zu dem hier einige kritische Bemerkungen gegeben werden sollen.

Vorweg sei gesagt, daß der „richtige Lohn“ in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung lange auf sich warten lassen wird und dieser erst im sozialistischen Zukunftsstaat garantiert ist, wo nicht nach dem Bekenntnis „Hier Herren — da Knechte“, sondern nach der Lehre: „Einer für Alle — Alle für Einen“ ein für jedenmann lebenswertes Dasein gesichert ist.

Landauer kommt nach einigen Ausführungen über „Planwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt“ zu dem Schluß, daß „für die richtige Lohnhöhe in der Hauptsache der Stand des gesamten Arbeitsmarktes und der Stand der Kapitalbildung entscheidend sind“. Als zuverlässige Indizes, an die sich der „Staatliche Funktionär“ (Staatl. Schlichter u. Dorf. d. Schlicht.-Aussh.) halten kann, wenn er seine Entscheidung fällt, nennt er die Arbeitslosenstatistik und den Zinsfuß. — Unter „Richtlinien der Schlichtung“ heißt es dann weiter:

„Die Merkmale des „richtigen“ Lohns sind als Instruktion für den Schlichter festzulegen. Das geschieht am zweckmäßigsten so, daß ein Paragraph des Schlichtungsgesetzes — das die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene, sachlich und formal unzulängliche Schlichtungsverordnung von 1925 endlich ablösen sollte — die Reichsregierung dazu ermächtigt, eine solche allgemeine Anweisung im Verordnungswege zu erlassen.“

Die Arbeiterschaft hat auf diesem Gebiete Erfahrung genug gesammelt; die Anweisungen, nach denen bisher die staatlichen Schlichter ihre Aufgabe zu lösen hatten, waren meistens nicht so, daß die Arbeiterschaft davon befriedigt war. Was Landauer aber als Richtlinien für die Schlichtungsinstanzen vorschlägt, übertrifft alles, was bisher auf diesem Gebiete zum Leidwesen der Arbeiterschaft in Erscheinung trat. Er sagt:

„Leitsätze und Kommentar (zu dem kommenden Schlichtungsgesetz) müßten etwa folgendes besagen:

1. Solange keine große Arbeitslosigkeit besteht und solange der Zinsfuß niedrig oder im Sinken begriffen ist, sind die Löhne zu erhöhen.“

Hiermit erklären wir uns einverstanden und fügen hinzu, daß die Kurzsichtigkeit der Unternehmer in der Lohnpolitik uns in dieser Hinsicht leider immer zu enge Grenzen vorschrieb. — In Ziffer 2 seiner Leitsätze sagt Landauer:

„Besteht große Arbeitslosigkeit oder nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu oder ist der Zinsfuß im Steigen begriffen, so ist ein Steigen der Löhne zu verhindern. Reicht ein bloßer Stillstand der Lohnentwicklung nicht aus, um Arbeitslosigkeit ungewöhnlichen Ausmaßes zu mildern; so sind die Löhne zu senken.“

Was der Arbeiterschaft hier zugemutet wird, geht denn doch entschieden zu weit. Sie wird daher gut tun, sich beizeiten zur Wehr gegen diese Pläne zu setzen. Was dieser „Volkswirt“ in seiner Begründung zu seinen Leitsätzen sagt, kann unser Urteil nicht abschwächen; er sagt z. B.:

„Je höher der Lohn, um so geringer ist unter sonst gleichen Verhältnissen der Anreiz und die Möglichkeit Arbeiter zu beschäftigen. Soweit die Wirtschaftslage nicht unter dem unmittelbaren Einfluß scharfer Konjunkturschwankungen steht, gibt es für jeden Stand der Produktionsbedingungen einen bestimmten Lohn, der gerade noch die Beschäftigung aller Arbeiter gestattet. Man kann ihn den Gleichgewichtslohn nennen. In der Regel ist jene Lohnpolitik richtig, die den Lohn etwas über dem Gleichgewichtslohn hält.“

Diese „Wissenschaft“ darf unter keinen Umständen Gesetz werden! Ist das Elend der breiten Massen noch nicht groß genug?





## Sür die Frauen

### Von der Gleichberechtigung beider Geschlechter

Es ist ein großer Irrtum vieler unserer Zeitgenossen, daß die Frau mit dem Manne im praktischen Leben völlig gleichberechtigt sei. Die Frau ist lediglich als Staatsbürgerin, also politisch, mit dem Manne gleichberechtigt erklärt. Im praktischen Zusammenleben und Zusammenwirken von Mann und Frau herrscht noch große Ungleichheit, die Frau ist hier in wesentlichen Fragen immer noch sehr im Nachteil. Ein Blick in die bestehenden Rechtsbestimmungen bezüglich des ehelichen Zusammenlebens bestätigt das. Gewiß, wir haben den schönen Artikel der Reichsverfassung Art. 119, welcher bestimmt: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung beider Geschlechter.“ Ihm entsprechend steht auch im § 1353 des Bürgerlichen Gesetzbuches: „Die Ehegatten sind einander zu ehelicher Gemeinschaft verpflichtet.“ Darüber hinaus soll dann jeder der beiden Gatten in seinen persönlichen Angelegenheiten selbstständig sein.

In der Praxis aber gilt dieses letztere eigentlich doch nur für den Mann. Zum Beispiel kann die Frau nur insoweit selbstständig und ohne Zustimmung des Mannes ein Geschäft anfangen, eine Stellung antreten, eine Vormundschaft übernehmen usw., als diese zu übernehmenden Funktionen sich nach Auffassung des Mannes nicht gegen den Sinn der „Lebensgemeinschaft“ mit dem Manne richten. Die Selbstständigkeit der Frau ist also in Wirklichkeit sehr stark von dem Urteil des Mannes abhängig. Handelt es sich hier nun noch um Fälle, die ziemlich selten zur Diskussion in der Ehe gestellt sein werden, dann bringt aber der § 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuches die ungleiche Rechtsstellung der Frau gegenüber dem Manne schon deutlicher zum Ausdruck. Danach steht eben dem Manne die endgültige Entscheidung zu in allen das gemeinschaftliche Eheleben betreffenden Fragen. Der Mann bestimmt über Wohnort und Wohnung, über die Art der Haushaltsführung, über die Erziehung der Kinder. Was der Mann entscheidet, ist für die Frau bindend, es sei denn, daß die Entscheidung als ein Mißbrauch seiner Mannesgewalt gelten könnte, was praktisch kaum nachzuweisen sein wird. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Mann auch der Frau die Schlüsselgewalt, das heißt das Recht, für den Haushalt Geschäfte abzuschließen zu können, entziehen lassen kann, zeigen schon diese Beispiele, daß die Frau immer noch sehr tief in ihrer Jahrtausende alten Sklavinnenrolle dem Manne gegenüber lebt. Der Frau steht hier lediglich das Recht zu, den Mann zu verlassen, wobei sie dann aber ohne weiteres als der „schuldige Teil“ dasteht, wenn der Mann daraufhin Scheidungsklage einreicht.

Das gleiche Verhältnis besteht auf den Gebieten von Ausnutzung und Verwaltung der ehelichen Vermögensgüter. Die allerwenigsten Frauen wissen hier Bescheid und sichern sich ihre Stellung dem Manne gegenüber durch den sogenannten Ehevertrag. Keine Frau sollte bei Eingehen der Ehe den Abschluß eines solchen veräumen, auch wenn im Anfang überhaupt kein Vermögen vorhanden ist. Später bringt es leicht große Unannehmlichkeiten im beiderseitigen Verhältnis, während es mit Eingehen der Ehe einfach als Selbstverständlichkeit hingenommen wird. Wie ist es denn in der vertragslosen Ehe? Die Frau hat hier für tätige Mithilfe im Geschäft des Mannes keinen Anspruch auf Vergütung, das erworbene Gut geht ganz in den Besitz des Mannes über. Hat die Frau etwas Vermögen mit in die Ehe gebracht, dann verbleibt ihr also wohl das selbe, vermehrt sich aber nicht, trotz ihrer vielleicht emstigen und erfolgreichen Mithilfe im Geschäft ihres Mannes. Hinzu kommt, daß daneben der Mann auch noch die Ausnutzung über das eingebrachte Vermögen der Frau während der Ehe besitzt. Soweit es sich um verbrauchbare Sachen und um Bargeld handelt, hat er sogar das freie Verfügungsrecht. Man sieht, die Rolle der Frau in der vertragslosen Ehe ist geradezu beschämend.

Die vertragliche Regelung, für die man sich zweckmäßig juristischen Rat einholt, kann verschieden sein. Bei Gütertrennung verbleibt jedem Ehegatten sein Vermögen unantastbar für den anderen. Auch der Erwerb jedes Ehegatten verbleibt Eigentum des einzelnen. Eine Ausnutzung am Vermögen und Eigentum der Frau hat der Mann ebenfalls nicht. Bei Gütergemeinschaft wird aller Besitz und aller Erwerb gemeinschaftliches Eigentum, dem Manne steht aber in solchem Verhältnis die Verwaltung und das freie Verfügungsrecht über das Gesamtvermögen zu und bedarf der Zustimmung der Frau nur bei Veräußerung von Grundstücken. Der Mann ist bei Verschleuderung des Vermögens nur schadenersatzpflichtig, wenn er absichtlich zum Schaden der Frau handelt. Bei Errungenschaftsgemeinschaft verbleibt jedem

Gatten sein eingebrachtes Vermögen für sich. Gemeinschaftlicher Besitz wird aber das während der Ehe erworbene Vermögen. Hierzu gehören sowohl die Einkünfte aus dem beiderseitigen Vermögen als auch aus Arbeit während der Ehe. Die Errungenschaftsgemeinschaft bestimmt nur die Grundstücke als Sondereigentum eines jeden Ehegatten, während alles bewegliche Gut sowie der Erwerb während der Ehe gemeinschaftlicher Besitz wird.

Es ist, wie gesagt, allen Frauen zu empfehlen, bei der schwachen Rechtsstellung, die sie dem Manne gegenüber innehaben, nur eine Ehe einzugehen auf Grund eines Ehevertrages. Das ideale Verhältnis dürfte hier wohl sein: Gütertrennung mit Beteiligung beider Ehegatten an der Errungenschaft. Die Forderung nach dieser Regelung als Grundlage des ehelichen Güterrechtes überhaupt wurde auch vom 33. Deutschen Juristentag in Heidelberg 1924 erhoben. Solange aber hier keine allgemein gültige Rechtslage besteht, müssen die Frauen sich eben im Einzelkampf gegen das geschichtliche Vorrecht des Mannes und damit das Unrecht gegenüber der Frau wehren. Auch hier sehen wir deutlich den Nachteil davon, daß die Frau sich erst in jüngster Zeit zu organisatorischem Zusammenwirken entschloß. Wir sehen weiter, wie notwendig es ist, daß gerade die Frau den organisatorischen Zusammenschluß fördert, weil sie sonst nie ihre Gleichstellung mit dem Manne auch im praktischen Leben erreichen kann. Diese ganz ungleiche Rechtsstellung beruht nämlich auf Gesetz. Die Gesetze aber wurden bislang ja nur von Männern gemacht. Die Frauen haben heute die gleiche Chance. Der erste Sammelplatz ist hier die Berufsorganisation, deren Wirkungsbereich und Wirkungsmöglichkeit bis an die Staatsführung heranreicht und die Gesetzgebung beeinflussen kann. Einfluß und Macht der Organisation aber ist abhängig vom Willen und dem Interesse der Berufszugehörigen. Es liegt also im unbedingten Interesse gerade der weiblichen Berufstätigen, die Macht und den Einfluß ihrer Berufsorganisationen stärken zu helfen.

3.-B.

## Aus Politik und Volkswirtschaft

Sozialistische gegen kapitalistische Wirtschaftspolitik. — Reichswirtschaftsminister Curtius für Beschränkung der Arbeitslosenversicherung. Im Reichstage kam es bei Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums in den Tagen vom 4. bis 6. Juni zu lebhaften Auseinandersetzungen der Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen, insbesondere mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über die Wirtschaftspolitik, insbesondere über die Arbeitslosenversicherung. Abg. Krähig (Soz.) machte u. a. folgende Ausführungen:

Unsere Volkswirtschaft ist nicht eine Wirtschaft des Volkes, die darauf ausgeht, zu produzieren, um den Bedarf des Volkes zu decken, sondern es wird produziert, nur um Profit zu erzeugen. Aus diesen Zuständen aber drohen dem ganzen privatrechtlichen Wirtschaftsgesamte schwere Gefahren. Wenn man den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachgeht, so erkennt man sie als Auswirkung eines ausweglosen Wirtschaftssystems, das periodisch zu Krisen führt. Ein Ziel ist nicht zu erkennen, planlos wird fortgewirtschaftet und ins Verderben hineingegangen. Von den Parteien aber, die für die Unantastbarkeit der Produktionsweise eintreten, hört man nicht, wie die Quellen der Arbeitslosigkeit zu verstopfen sind, sondern den Wunsch nach Verschleierung der Arbeitslosenversicherung. Dadurch würde aber das Unheil noch verheerender werden. Glaubt man, daß die hunderttausende Arbeitslosen Luft hätten, zu verhungern, um diese Profitwirtschaft weiter zu ermöglichen? Wir warnen vor solchen Illusionen. Denken Sie an die furchtbare materielle und seelische Not der zehntausende Angestellten und hunderttausende Arbeiter, die im besten Alter und bei voller Beschäftigung auf die Straße geworfen werden, weil man ihnen billigere Kräfte vorzieht. Da nicht persönliche, sondern gesellschaftliche Ursachen die periodisch wiederkehrenden Krisen hervorgerufen, und da der Staat diese Wirtschaftsweise schützt, hat er auch die Pflicht, ihre Opfer zu schützen. Das ist der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei, von dem wir unter keinen Umständen abgehen werden. Sollten wir diesem Grundsatze noch nicht Geltung verschaffen können, so werden wir immer wieder damit kommen, bis es uns gelungen ist. Der Hochkapitalismus hat 80 Proz. des deutschen Volkes zu Lohnempfängern gemacht und mindestens 80 Proz. davon sind Proletarier. Millionen von ihnen sind zeitweilig ohne Erwerb und in der bittersten Not. Hätten wir eine Volkswirtschaft, die nicht der Erzeugung von Profit, sondern der Versorgung der Staatsbürger zu dienen hätte, dann könnte die Differenz zwischen Erzeugung und Verbrauch nicht solch schwere soziale Störungen hervorrufen; wenn zubielt erzeugt würde, dann würde die höhere Produktion nicht Elend für Millionen bedeuten, sondern vermehrten Lebensgenuß für alle. Aber für die Verteidiger des kapitalistischen Systems hat diese Erwägung kein Interesse. So sehen wir, daß Verbrauchsgüterindustrie infolge Abnahmangels aufgehäuft werden, die Verkäufer aber, darunter der gewerbliche Mittelstand, über den Verlust ihrer Existenzmöglichkeit jammern. Auf der anderen Seite stehen Millionen Volksgenossen, die



bitterste Not leiden, weil sie das Geld nicht haben, um in den Besitz der Produkte zu kommen. Es liegt in der Natur der kapitalistischen Wirtschaft, den Produktionsapparat immer leistungsfähiger zu machen, aber dieselbe Wirtschaft unterläßt es, die Massen genug kaufkräftig zur Aufnahme der Mehrproduktion zu machen. In Zeiten schlechter Konjunktur wollen dann die Unternehmer den ungenügenden Warenabsatz durch Herabsetzung der sozialen Leistungen ausgleichen, wodurch die Kaufkraft der Massen noch mehr geschwächt würde. Die Berichte der deutschen Textilindustrie und des Textilhandels erklären, daß in allen Branchen viel zu wenig abgesetzt wird, weil die Kaufkraft des Volkes zu gering ist. Die deutsche Schuhindustrie hatte im letzten Jahr 40 000 Vollerwerbslose und dazu die vielen Kurzarbeiter, aber nicht, weil zu viel Schuhe vom Ausland hereingebracht worden wären, sondern weil zu wenig Schuhe in Deutschland gekauft werden können. In Amerika werden jährlich im Durchschnitt drei bis vier Paar Lederschuhe verbraucht, in England zwei bis drei, in Deutschland nur ein Paar pro Einwohner. Könnten die Deutschen jährlich zwei Paar Schuhe kaufen, so würde die Schuhindustrie keinen einzigen Erwerbslosen haben. Durch volle Ausnutzung der verbesserten Produktionseinrichtungen infolge gesteigerten Absatzes könnte aber auch billiger produziert werden. Aber unsere Wirtschaftsführer jagen dem Phantom nach, billiger als das Ausland produzieren zu müssen. Auf der jüngsten Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute wurde über Arbeitszeit und Arbeitslohn gesprochen und ein groß angelegter Kriegsplan gegen die Arbeiterschaft beraten. Durch Querverbindung in der Organisation der Werke soll eine große Einheitsfront der Rohstoff- und der weiterverarbeitenden Industrie geschaffen werden, um die Arbeiterschaft unter die Knute zu zwingen. Das ist ein recht gefährliches Spiel mit dem Feuer. Die Arbeiterschaft weiß, daß der Ansturm gegen die Arbeitslosenversicherung nur dem Zweck dienen soll, die Erwerbslosen durch Hunger zu einer Armee von Lohndrücker zu machen. Dagegen wird sich die Arbeiterschaft bis zum äußersten zu wehren wissen. Ein Vergleich der Löhne 1928 in Gold läßt sich in folgenden Zahlen ausdrücken: England 200, Amerika 230, Skandinavien 265, Holland 250 bis 300, Deutschland 180. Dieser niedrige Lohnstand in Deutschland ist die Hauptursache des geringen Warenabsatzes, und dadurch wird wiederum die Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Eine Arbeitslosigkeit von 2½ Millionen wie im Februar mit einer wöchentlichen Einbuße von 20 Mt. bedeutet einen Verlust von 50 Millionen Kaufkraft. Der Produktionsapparat darf nicht auf Profiterzeugung, sondern muß auf Abbau der Preise eingestellt sein, um einen höheren Warenabsatz zu erzielen. Tun das die Wirtschaftsführer nicht, dann haben sie den schärfsten Kampf der Arbeiterschaft zu erwarten. Eine Kurpfuscheri ist es, Erhöhung der Löhne zu verlangen und dadurch die Lebenshaltung der Massen noch weiter herunterzudrücken. Außerdem würden wir uns damit in Gegensatz zu den Genfer Empfehlungen stellen, die wir selbst unterzeichnet haben. Zollerhöhung wäre das Gegenteil von dem, was wir für die Gesundheit der Volkswirtschaft als richtig ansehen. Die Preistreiber der Kartelle muß beseitigt werden. Wir haben uns darangemacht, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Es ist die Pflicht des Staates, diesen wirtschaftlich ungelungenen Zuständen ein Ende zu bereiten. Nicht länger dürfen ein paar Kartellkönige über das Schicksal ganzer Wirtschaftszweige mit hunderten tausenden Arbeitern, Angestellten und Beamten entscheiden. Wir Sozialdemokraten werden uns bemühen, die Volkswirtschaft zu einer wahren Wirtschaft des Volkes zu machen, zu einer Wirtschaft durch und für das Volk.

Wir müssen es uns versagen, auf die ungereimten Erwidern der Bürgerlichen einzugehen, sondern können nur kurz wiedergeben, was der der Deutschen Volkspartei angehörende Reichswirtschaftsminister Curtius darauf zu sagen hatte. Curtius sprach nicht im Namen der Regierung, sondern gab seine Privatmeinung zum besten:

Herr Krätzig hat als Heilmittel für unsere Wirtschaftsnot Lohn-erhöhung empfohlen. Diese ist zuzeiten gewiß gut, kann aber, in zu starken Dosen, zu schweren Lähmungen führen. Jetzt haben wir jedenfalls dringendere Aufgaben. Herr Krätzig hat — ich überspize das vielleicht etwas — im großen und ganzen erklärt, daß keine Reform der Arbeitslosenversicherung und keinerlei Zollerhöhung eintreten dürfe. Die Arbeitslosenversicherung erkläre ich für einen großen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, aber heute steht schon fest, daß dabei Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzen überspannt worden sind. Wir wissen auch, daß schwere Schäden der Arbeitsmoral eingetreten sind. Wir müssen eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung durchführen, und dabei kann auch der Kreis der Versicherungspflichtigen nicht unangefastet gelassen werden. Noch weniger aber können wir diese Reform mit Beitrags-erhöhungen beginnen.

Im übrigen wandte sich der Minister gegen die übertriebenen Zollforderungen der Deutschnationalen. Am dritten Tage der Wirtschaftsdebatte kam dann der Abgeordnete Brandes (Soz.), Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, zum Wort, der die Bürgerlichen mißsam ihrem Minister Curtius treffend abfuhrte. Er sagte:

Durch diese Rede von der Ministerbank konnte der Eindruck erweckt werden, als sei die Materie vom Kabinett bereits abschließend geregelt. Daß das nicht der Fall ist, steht fest; Herr Curtius kann also nur seine persönliche Meinung und die der ihm nahestehenden Kreise ausgesprochen haben. Das nötigt die sozialdemokratische Fraktion, auch bei dieser Gelegenheit noch einmal ihren Standpunkt zu vertreten. Er ist derselbe, den

ihre Redner bei den Reichstagsberatungen über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums gemäß dem bekannten Beschluß ihrer Fraktion festgelegt haben. Dieser Beschluß besagt, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, einer notwendigen und beschränkten Beitragserhöhung zuzustimmen. Sie ist auch zur Beseitigung nachweislich bestehender Mißstände bereit. Sie verlangt aber die Fortführung der Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit. Wir bedauern es, daß der Reichswirtschaftsminister trotz der Anerkennung, daß die Arbeitslosenversicherung einen großen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt darstellt, gemeint hat, Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzen seien überspannt worden. Seine Behauptung, daß dadurch „schwere Schäden der Arbeitsmoral“ eingetreten sind, weisen wir als bisher völlig unbewiesen entschieden zurück. Wenn 2½ Millionen Erwerbslose trotz schwerster Notlage diese Monate hindurch geduldig alle damit verbundenen Leiden ertragen haben, so steht das Verhalten der Arbeitslosen sehr zu ihrem Vorteil von jenen Gewaltakten ab, die von anderen Bevölkerungskreisen durch den Sturm auf Finanzämter usw. verübt wurden. Wenn die sozialdemokratische Fraktion eine beschränkte Erhöhung der Beiträge angeregt hat, so ist das aus dem Verantwortungsbewußtsein für die Erwerbslosenversicherung und die Reichsfinanzen geschehen. Eine übermäßige Belastung des Reiches kann ebenso wie ein Abbau der Leistungen oder eine Einschränkung des Personenkreises nur vermieden werden durch eine Erhöhung der Beitragseinnahmen. Sie wird die Reichsfinanzen um so stärker entlasten, je eher sie beschlossen und durchgeführt wird. Wer die Entlastung der Reichsfinanzen wünscht, aber auch die Erhöhung der Beiträge ablehnt, kann sich nur den materiellen Abbau der Versicherungsleistungen als Ziel gestellt haben. Diesen Bestrebungen aber wird die sozialdemokratische Fraktion auf das entschiedenste Widerstand leisten. Auf der Tagung der Eisenhüttenleute hat einer der führenden Männer ausgeführt, es wäre gut, jetzt schon zu betonen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung, wie auch die Wirtschaftslage sein werde, nicht erfolgen dürfe, bei einer verschlechterten Wirtschaftslage aber unbedingt ein Lohnabbau eintreten müsse. Zur Durchführung dieser Politik soll durch Querverbindungen eine von der Schwerindustrie geleitete Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft errichtet werden. — Solche Drohungen zeigen einen Hochmut gegen die Arbeiterschaft und eine Mißachtung des Staates, die man nicht ruhig hinnehmen kann. Auf dieser Tagung ist auch gesagt worden, daß ein rechtlich unangesehener Schiedspruch im November 1928 den Kampf nicht verhindern hätte, der vielmehr in noch schärferer Form geführt worden wäre. Das behauptet, daß ein neuer Kampf vorbereitet wird, um die Forderung der Arbeiter, an den Erfolgen der Rationalisierung teilzunehmen, auf absehbare Zeit zu ersticken. Der Redner wendet sich dann gegen die Erhöhung der Eisenpreise und fährt fort: Wir brauchen ein Organ für die Regelung der Gesamtproduktion und des Absatzes der Eisenindustrie einschließlich des Erzbergbaues und des Großeisenhandels sowie des Ein- und Verkaufs von Eisenerz und Schrott. Vereinbarungen darüber sollen von der Genehmigung dieser Stelle abhängig gemacht werden. Das Organ soll berechtigt sein, Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Aufsichtsrat der Eisenwirtschaftsverbände zu entsenden, für subventionierte Produkte die Preise festzusetzen und für nichtsubventionierte Höchstpreise zu bestimmen. Es soll paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzt und durch das Reichswirtschaftsministerium die gesamtstaatlichen Interessen vertreten werden. Wir brauchen dieses Organ, damit Staat und Gesamtwirtschaft jederzeit klaren Einblick und das Recht des Eingriffs gegen Maßnahmen haben, die die Gesamtwirtschaft oder den Staat in irgendeiner Form schädigen. Nur so kann eine rücksichtslose Ausnutzung der Eisenverbraucher verhindert und nur so Sicherheit gegeben werden, daß Erzeugungskosten und Preisgestaltung, Löhne und Arbeitsbedingungen in gemeinnütziger Weise festgesetzt werden. Nur so kann die Absicht einer kleinen Zahl mächtiger Industriegewaltigen durchkreuzt werden, die nicht nur eine Diktatur über die Arbeiter und Angestellten, sondern über die Gesamtwirtschaft und den Staat ausüben wollen.

Aus den zahlreichen folgenden Reden seien noch die polemischen Bemerkungen des Volksparteilers v. Raumer gegen Krätzig herausgegriffen:

Wozu mußte Abg. Krätzig uns gerade jetzt das kommunistische Manuskript vortragen? Gewiß hat die Arbeiterschaft großen Anteil an der Wirtschaft, aber warum erkennt man nicht auch das Verdienst der Unternehmer an? Die Stilllegungen waren die notwendige Folge der sprunghaften Lohnsteigerungen, die durch Produktionsverbesserung nicht genügend ausgeglichen werden konnten. Unsere Wirtschaftslage ist außerordentlich ernst; wenn sich das nicht ändert, können die sozialen Ertragsunterschiede nicht gehalten werden. Sie (zu den Sozialdemokraten) müßten daher an der Besserung mitarbeiten, vor allem gegen die „Wissenschaft vom Stempeln“, zu der sich die Arbeitslosenversicherung herausgebildet hat. (Auf links: Nicht Märchen erzählen, Tatsachen bringen!)

Abg. Peine (Soz.) verfocht dann noch die Interessen der Konsumgenossenschaften und Abg. Hufemann (Soz.), Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, verbreitete sich über die Lage im Bergbau. Dabei warf er dem Wirtschaftsminister vor, daß er sein im vorigen Jahre gegebenes Versprechen nicht gehalten habe, die an der Gaserversorgung interessierten Arbeiter zu den Beratungen im Reichswirtschaftsministerium hinzuzuziehen. Diese Reichstagsdebatte läßt erkennen, welchen Kampf es kosten wird, die Arbeitslosenversicherung uneingeschränkt zu erhalten.

## Reichs- und Staatsarbeiter

**Abluß der Lohnbewegung der Reichswasserstraßenarbeiter.**  
Am 10. Juni ist von den beteiligten Gewerkschaften und dem Reichsverkehrsministerium folgende Vereinbarung unterzeichnet worden:

1. Die zurzeit gültigen, in der Anlage 2 des LZW, und den Lohn tabellen für die Streckenunterhaltungsarbeiter festgesetzten Lohnsätze werden vom 3. April 1929 ab im Lohngebiet I um 4 Pf. und in den Lohngebieten II und III um 3 Pf. erhöht. Für die Abgrenzung der Lohngebiete gelten die Festsetzungen der Reichsbahn. — 2. In denselben Orten, in denen sich die Beträge von 4 und 3 Pf. bei den Reichsbahnarbeitern durch die Hinzurechnung der ihnen gewährten Ortslohnzulagen erhöhen, werden sie auch für die Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung entsprechend erhöht, und zwar um den gleichen Betrag in allen Lohngruppen. Es kommen diejenigen Orte in Frage, in denen die Ortslohnzulage für die Reichsbahnarbeiter im Lohngebiet I mehr als 12 Proz. und in den Wirtschaftsgebieten II und III mehr als 16 Proz. beträgt. Sofern auf die Lohnfestsetzung für einen Streckenunterhaltungsbezirk der Lohn eines dieser Orte ausschlaggebend ist, wird bei der Erhöhung der Beträge für die Streckenunterhaltungsarbeiter in gleicher Weise verfahren. — 3. Diese Lohnfestsetzungen können erstmalig zum 31. März 1931 unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Wochen schriftlich gekündigt werden. Werden sie zu diesem Zeitpunkt nicht gekündigt, so gelten für die weitere Zeit die Bestimmungen unter § 28 Ziff. 3 des LZW. — 4. Die Lohnmehrbeträge sind auf die nach der AVO. zu § 2 Ziff. 1 des LZW. zu zahlenden persönlichen Ausgleichszulagen anzurechnen, mit der Maßgabe jedoch, daß von der Anrechnung eines höheren Betrages als 15 Pf. abzusehen ist. — 5. Arbeiter, die seit dem 3. April 1929 ausgeschieden sind, erhalten die nachzuzahlenden Beträge auf Antrag, der bis spätestens 1. August 1929 gestellt sein muß.

## Aus unserer Bewegung

**Frankfurt a. M.** Eine zahlreiche Gemeinschaft trauernder Freunde und Verbandskollegen begleiteten auf seinem letzten Wege den verstorbenen zweiten Vorsitzenden unserer Filiale, **Wilhelm Propheet**. Der Dahingegangene verfügte über große Kenntnisse der sozialen Gesetzgebung einschließlich arbeits- und tarifrechtlicher Fragen, und war daher auch mit den wichtigsten Funktionen innerhalb der Ortsverwaltung betraut. In den schlimmsten Jahren der Nachkriegszeit und der Inflation war der Verstorbene Mitglied der Bezirkslohnkommission, in welcher er sich mit taktischem Geschick für die materielle Besserstellung der Mitglieder einsetzte. Bei Schaffung der ersten Tarifverträge kämpfte er bei den Abschlußverhandlungen mit beispielloser Fähigkeit um den sozialen Inhalt des Tarifvertrages. Sein Vertrautsein mit dem Verbandsleben sicherte ihm den Platz im Gauvorstand des rhein-mainischen Wirtschaftsbezirkes. Bis zu seinem Tode vertrat er die Filiale als Delegierter im Ortsausschuß des ADGB, und im Ausschuß der OKK. Die gesamte Mitgliedschaft wird sein Andenken in Ehren bewahren.

**Kreuznach.** In der Mitgliederversammlung am 31. Mai 1929 gab Kollege **Gottier** einen Bericht über die Reichskonferenz der Kammereiarbeiter. Dann berichtete Kollege **Kasper** über die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und vor dem Arbeitsgericht über die von der Stadt geplanten Massenentlassungen. Durch die Verhandlungen am 22. Mai mit der Verwaltung ist die Sache soweit beigelegt, daß die von der Entlassung bedrohten Kollegen wieder getrost in die Zukunft sehen können. Zum Schluß der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß die Kollegen von der Soobänder A.-G. dem Verbands begetreten sind.

**Ludwigshafen a. Rh.** Die sehr gut besuchte Mitglieder-versammlung hatte sich mit sehr wichtigen Organisationsfragen zu befassen. Die Geschäfte der nun 1000 Mitglieder umfassenden Filiale können auf die Dauer nicht mehr ehrenamtlich geführt werden. Es muß vielmehr die Anstellung eines Verbandsangestellten in Ermägung gezogen werden. Bezirksleiter Kollege **Hund** teilte mit, daß es gelungen sei, einen Raum im Gewerkschaftshaus als Ortsbureau zu gewinnen. Die Anstellung eines Geschäftsführers soll auf Wunsch der Anwesenden zum 1. Januar 1930 erfolgen. Da Kollege **Will**, der lange Jahre den Vorsitz in der Ortsverwaltung führte, nach Berlin abberufen wurde, war die Wahl eines Ersatzes notwendig. Kollege **Johann Keilbach** erhielt bei der Wahl als erster Vorsitzender die Stimmen von vier Fünfteln der Anwesenden. Der Beginn der Invalidenunterstützungskasse wird auf den 1. Januar 1930 festgesetzt. Der Kassenbericht verzeichnete einen Mitgliederstand von 975 Mitgliedern und ein Vermögen von 5909 Mk. Kollege **Hund** ging in längeren Ausführungen auf die Schwierigkeiten der letzten Lohnverhandlungen ein. Der abgeschlossene Tarifvertrag gilt bis zum 31. März 1930.

**Wölfersheim-Södel.** In der sehr gut besuchten Versammlung am 30. Mai berichtete Kollege **Schmeizer** über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Schwierigkeit der Lohnbewegungen in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben. Als anerkennenswert war zu bemerken, daß auf das Eingreifen des

preussischen Ministerpräsidenten die Lohnbewegung für die Staatsarbeiter günstig beeinflusst wurde. In der sehr lebhaften Aussprache wurde auf den Stundenlohn von 67 Pfennig für Hilfsarbeiter in Wölfersheim hingewiesen und eine Lohnkommission beauftragt, Vorschläge zur nächsten Lohnforderung auszuarbeiten und an die maßgebende Behörde einzureichen.

## Landstraßenwärter

**Osnabrück.** In einer gut besuchten Versammlung der Straßenwärter der Kreise Osnabrück, Berenbrück, Melle und Wittlage am 2. Juni referierte Unterbezirksleiter **Scherer** über die Invalidenzuschußkasse unseres Verbandes, die Ruhelohnerföderung und die Lohnverhandlungen für die Landstraßenwärter. Unsere Aufgabe müsse es nun sein, auch bei den Kreisen die Ruhelohnkasse zur Einführung zu bringen. In der Aussprache wurden von den Wärtern verschiedentliche Unterlassungen der Verwaltungen in bezug auf die monatliche Lohnzahlung bis zum 10. eines jeden Monats gerügt. Von der Organisation sind die in Frage kommenden Stellen, so auch der Arbeitgeberverband Hannover benachrichtigt worden. Dann wurde von den Wärtern der Antrag gestellt, bei den kommenden Lohnverhandlungen die vierzehntägige Lohnzahlung zu verlangen. Derselbe fand einstimmige Annahme. Ein Kollege wies auf die kommenden Kreistagswahlen hin und forderte alle auf, dann auf dem Posten zu sein, damit nur Vertreter gewählt werden, welche für die Belange der Wärter sich einsetzen.

## Rundschau

**August Kemmer 60 Jahre!** Wieder einmal haben wir die ehrenvolle Aufgabe, einem unserer Gauleiter, dem Kollegen August Kemmer, zu seinem sechzigsten Geburtstage herzlich zu gratulieren, — wenngleich das nicht, wie es nordbayerische Hoffitte eigentlich erheischt, in weißen Handschuhen, schwarzem Rock und zünftigen Zylinder geschehen kann. Am 17. Juni 1869 wurde unser Gustl in Würzburg (Unterfranken) geboren. Er lernte das ehrbare Zimmererhandwerk. Bald wurde er „fremd“ geschrien und begab sich mit den bekannten „Insignien“ seines Berufes auf jahrelange Wanderschaft, um die deutschen „Fremdsprachen“ zu erlernen. Das ist ihm bekanntlich glänzend gelungen, so daß er ein „Meister des Dialekts“ genannt werden kann. In Hamburg landete er für längere Zeit, ging dann aber später wieder zurück in sein Reservat-Daterland Bayern. Bereits am 1. Oktober 1903 wurde er Gauleiter des Zimmerer-Verbandes in München. Diese Stellung hatte er bis Dezember 1919 inne. Anfang Januar 1920 konnten wir den wackeren Kämpen für unsere Organisation gewinnen, zunächst für den Gau Augsburg, später für den Gau Nordbayern, wo er auch heute noch rührig tätig ist. Kemmer hat sich aus seinen Wanderjahren einen gesunden Humor erhalten: Und ob er nun den Weaner Fiaker- oder den Berliner Droschkenskutscher mimt, ob er Hamburger oder Münchener Dialekt spricht, es ist jedesmal eine Freude, ihm zuzuhören. Aber auch in ernster Verbandsarbeit hat Kollege Kemmer jederzeit seinen Mann gestanden. Wir sprechen ihm deshalb im Namen der Kollegenschaft unsern herzlichsten Glückwunsch aus!

## Fabrikstadt

Steil zum Himmel ragen hohe Schöte,  
Wolken qualmt empor der heiße Grund,  
Dunkle Fahnen wehn aus finstrem Schlund,  
Funken krühn und tanzen, düsterrote.

Räder sausen, stinke Riemen schwirren,  
Borrig aus dem Kessel zischt der Dampf,  
Eisen ächzt . . . Geräffel und Gestampf,  
Mauern zittern, und die Fenster klirren.

Blinde Scheiben, Delbsprigte Wände,  
Staub und Dunst: der Sonne trüber Tod.  
Kraft, sie wandelt sich zu Gold und Brot  
Rastlos in der Mühsal harter Hände.

Eine Flamme geht durch graue Gassen,  
In den Augen blüht ihr Widerschein.  
Jedes Haus will voller Leuchten sein.  
Jede Hand will alle anderen fassen.

Hinters Stirnen mit dem Mal der Sorgen  
Brennt des Schöpferwillens junge Nacht.  
Stille Funken sind zur Glut entfacht,  
Harte Hände schmieden sich ihr Morgen.

Ernst Brezgang.